

3 Moralische Landnahme

3.1 »Wir« – Deutschland schafft das

Bis Anfang August hatten »257 000 Personen Asyl in Deutschland« beantragt (Luft 2016: 25) und allein im August 2015 erreichten über hunderttausend Geflüchtete die deutschen Grenzen (Was geschah wirklich? ZEIT ONLINE, 2016). Auch wenn gegen alle Rhetorik vom Ausnahmezustand rein statistisch diese Zahlen im historischen Vergleich gar nicht so extraordinär waren (vgl. Terkessidis 2017: 10), ließ die aktuelle Situation mit Spannung erwarten, wie die Kanzlerin auf ihrer Sommerpressekonferenz am 31. August 2015 darauf reagieren würde (vgl. Sommerpressekonferenz, 2015). Dass Merkel dann zu diesem Anlass das Thema »Flüchtlinge« prominent platzierte, verwundert daher nicht. Mit deutlich exponierten Redewendungen fokussierte sie die Situation der »vielen Menschen aus aller Herrenländer (sic!), die bei uns in Deutschland Zuflucht suchen« (ebd.). Es spielten sich »unendlich viel Tragödien ab« mit einer »Vielzahl katastrophaler Situationen«. Auch »unfassbares Gräu« sei geschehen, wie »vor einigen Tagen in Österreich, als in einem Lkw über 70 Menschen tot gefunden wurden, von skrupellosen Schleppern zugrunde gerichtet«. Es gehe um Menschen im »Zustand völliger Erschöpfung auf der Flucht, verbunden mit Angst um das eigene Leben oder das Leben der Kinder oder der Partner«, Menschen aus »Eritrea, aus Syrien oder dem Nordirak«, die Strapazen auf sich nehmen, »die uns wahrscheinlich schlichtweg zusammenbrechen ließen«. Das alles seien Vorgänge, die »man nicht fassen könne« und die »unsere Vorstellungskraft übersteigen«. Daher und angesichts der Pro-

gnose, dass »in diesem Jahr bis zu 800.000 Menschen zu uns kommen werden«, seien »wir« gefordert – einschließlich der Kanzlerin, denn auch sie sei »bewegt« –, dieser Situation zu begegnen. Deshalb müssten »wir« uns über Grundsätze verständigen, nämlich erstens, dass politisch Verfolgte Asyl genießen, dass wir zweitens »die Menschenwürde jedes Einzelnen« achten und »wir« uns schließlich deshalb »mit der ganzen Härte unseres Rechtsstaates« gegen die wenden, die »andere Menschen angreifen, die ihre Unterkünfte in Brand setzen oder Gewalt anwenden wollen«. Jetzt achte »die Welt« auf »Deutschland als ein Land der Hoffnung« und »wir« stünden vor »einer großen nationalen Aufgabe«, ähnlich der der »deutschen Einheit«. Aber es gelte: »Deutschland ist ein starkes Land« und das Motiv, mit dem »wir an diese Dinge herangehen« – von der »Beschleunigung« der Asylverfahren, über bürokratische Vereinfachungen beim Brand- und Immissionsschutz der Unterbringungsstätten, über eine »faire Kostenverteilung« zwischen Bund, Ländern und Kommunen, bis hin zu »Integrationsanstrengungen« in Schulen, auf dem Wohnungs- wie auf dem Arbeitsmarkt –, »muss sein: Wir haben so vieles geschafft – wir schaffen das! Wir schaffen das, und dort, wo uns etwas im Wege steht, muss es überwunden werden.« (Ebd.)

Fragt man jenseits der durchaus zugestandenen Emotionalität, die in diesem Teil der Rede die dramatische Lage der Geflüchteten fokussiert, nach dem Duktus und Zweck der Rede, zeigt sich im weiteren Verlauf, dass diese nicht nur der Hervorhebung der Flüchtlings-»Tragödie« gelten. Angesichts der Gestaltungsherausforderung, die die Kanzlerin mehrfach mit Blick auf die große Zahl der zu erwartenden Geflüchteten betont, wird vielmehr der Zweck ersichtlich, an ein rhetorisch produziertes, kollektives »Wir« derer zu appellieren, die sich dem Asylrecht und der Menschenwürde verpflichtet wissen. Dieser Appell an die solidarische Gefolgschaft jener Wir-Gemeinschaft wirkt besonders glaubwürdig durch die offenbarte Unzulänglichkeit, die die Kanzlerin als prominente *Erzählinstanz* (vgl. Koschorke 2017: 85) nicht nur für sich, sondern für die Gesamtheit der hier adressierten Wir-Gemeinschaft unterstellt, nämlich das Leid der Geflüchteten auch nur näherungsweise angemessen fassen zu können. Umso mehr

greift, angesichts dieser vermeintlichen, gemeinsamen emotionalen und kognitiven Grenzerfahrung, bezogen auf die Sozialdimension des Erzählens, die Suggestion der gegenseitigen Angewiesenheit, das Unvorstellbare zu realisieren. Zudem stiftet ein derartiges Zugeständnis der Kanzlerin bezüglich ihrer emotionalen Betroffenheit entsprechende *Loyalitäten* (vgl. ebd.: 238) auf Seiten der Adressatinnen und Adressaten, ihr beizustehen, sie bei der enormen national dimensionierten Kraftanstrengung zu unterstützen und ihre zuversichtliche Parole des »Schaffens« in die Tat umzusetzen. Zusätzlich lanciert die distanzierende Abgrenzung der Kanzlerin gegenüber denen, die gewaltsam gegen Flüchtlingsunterkünfte und ihre Bewohnerinnen und Bewohner vorgehen und denen die »ganze Härte des Rechtsstaates« angekündigt wird – vermutlich eine Anspielung auf die aktuellen Ereignisse in Heidenau – die naheliegende Wahl der Adressatinnen und Adressaten, sich ebenfalls in adäquater Distanz zu jenen rechten und homophoben Gruppierungen an die Seite der Kanzlerin zu stellen. Die Rede zielt auf geradezu bekenntnishaft gebotene, gesellschaftliche »Partizipationsverhältnisse«, auf eine »Wir-Intentionalität«, die starke »Signale der Kooperation« an eine »Wir-Gemeinschaft« der »Gruppe der ›Guten‹« sendet (ebd.: 90f.).

Dieses zur Verantwortungsübernahme aufgerufene »Wir«, das sich gemeinschaftlich der Erfüllung einer nur noch mit der deutschen Einheit vergleichbaren, nationalen Aufgabe unter der Beobachtungsbrille einer weltweiten Öffentlichkeit verschreiben soll, wird nun mit Rückgriff auf ein vertrautes Schema konturiert (vgl. ebd.: 32): Es geht um »Deutschland«. Die nationalstaatliche Vision, es als »Land der Hoffnung« erblühen zu lassen, verschränkt diskursiv das Thema »Flüchtlinge« mit dem Themenspektrum nationaler Identität. Erst diese Vision aber schafft offenbar die – auch medial – entscheidende Resonanzgrundlage, weil sie den Appell für eine flüchtlingsfreundliche Kultur in ein bekanntes und weitgehend positiv konnotiertes Bild einer nationalen Mobilisierung einbettet. Diskurstheoretisch formuliert: Hier ist die »Herstellung von Passungsverhältnissen« gelungen, indem ein aktuelles und politisch brisantes Thema in eine vertraute Botschaft eingebunden wird (Keller 2011:145). Der Umgang mit Geflüchteten steht

nun für Größeres. Sie sind, überspitzt gesagt, Material für die Beweisprobe, dass dieses Land – verbal geradezu mit theologischen Anleihen versehen – sich zum »Land der Hoffnung« erhebt. Es ist daher unerheblich, ob die Kanzlerin bewusst die Betonung auf diesen Aspekt der nationalen Handlungsherausforderung gelegt hat oder ob es für sie nur die natürliche und folgerichtige Konsequenz der Flüchtlingsdimension war, ob es sich um einen ehrlich gemeinten Appell an das zivilgesellschaftliche Mitgefühl handelte oder ob sie beraten war, gewisse nationale Gefühlsregungen zu bedienen und zugleich umzulenken. Faktisch wird die Situation der Geflüchteten dem Appell an das zivilgesellschaftliche »Wir« nachgeordnet oder anders formuliert: Die nationale Identifikation, sich als Teil dieser Hoffnungsgemeinschaft zu begreifen, ist der bemühte Haupttenor, aus dem heraus die Kanzlerin meinte, zu einer flüchtlingsfreundlichen Haltung animieren zu können.

Dieses adressierte »Wir« ist ein Identitätskonstrukt, das besonders auf die Subjekte der nationalen Gemeinschaft abzielt und vorzugsweise zum rhetorischen Instrument der politisch rechten Bewegung zählt. Das »Wir« bestimmt sich in dieser rechtspopulären Argumentation besonders »durch den wiederkehrenden Hinweis auf diejenigen, die nicht dazugehören« (Deterding 2019: 10, Hervorh. i.O.). So gebraucht ist dieses »Wir« der »Nationalgemeinschaft vereint in der Abwehr von Dritten, Vierten und Weiteren, die am nationalen Klassenkampf und Statuswettbewerb gar nicht erst teilhaben können und sollen« (Lesenich 2019: 60, Hervorh. i.O.). Insofern symbolisiert es formal eine »Spaltungs- und Spannungslinie, eine Linie zwischen Staatsbürger*innen und Nicht-Staatsbürger*innen, Einheimischen und Fremdlingen, Zivilisierten und Parias« (ebd.: 61). Auch wenn Merkel rein inhaltlich eine völlig konträre Intention verfolgt und mit ihrer Rede für eine humanitäre Flüchtlingspolitik wirbt, schafft sie rein sprachlich mit dieser rhetorisch dichotomen Gegenüberstellung von »Wir« und »die anderen« nicht nur eine Distanzierung zu den rechten Gewalttätern. Vielmehr gilt diese auch den Menschen »aus aller Herrenländer« (sic!), denn sie sind eben nicht integraler Bestandteil des »Wir«, sondern auch sie gehören zur Gruppe der »anderen«, auch wenn sie der eigentliche Anlass für jene nationale Kraftanstrengung sind. Genau diese Dichoto-

mie wird bis heute im politisch rechten Lager als sprachlich adäquates Instrument der Fremdenfeindlichkeit genutzt, um die »Angst vor den anderen« zu schüren (Baumann 2016). Die dabei angestimmten Strophen der Untergangs- und Bedrohungsszenarien dieses »Deutschlands« sollten zunehmend Gehör finden und damit jene Beschwörung nationaler Identität in ihr flüchtlingsfeindliches Gegenteil verkehren.

Es zeigte sich nun auch bei der medialen Reaktion auf die Pressekonzferenz, dass das Thema »Flüchtlinge« dem Thema des nationalen Aufbruchs oder der Fokussierung auf die Rolle der Kanzlerin lediglich assistierte. Für die Süddeutsche Zeitung war das Bild von Deutschland als Hoffnungsträger offensichtlich imponierend (vgl. »Deutschland ist ein«, 2015). Die zentrale Botschaft, »wir schaffen das«, wurde dort aber schon wenige Tage später als ein bedenkliches flüchtlingspolitisches Signal verstanden, »das von vielen Flüchtlingen als großes Hoffnungszeichen interpretiert wurde« (Europas Problem, 2015, zit. in Jäger/Wamper 2017: 91), was zugleich Kritik, etwa in der Frankfurter Allgemeinen, provozierte (vgl. Wir schaffen das!, 2015). Die ZEIT rückte die Kanzlerin selbst und ihre emotionale Betroffenheit in den Vordergrund (Merkel wird, 2015). »Ungewöhnlich« sei allein schon, dass »Merkel sich zu Beginn 17 Minuten Zeit« nehme, »um über ein einziges Thema zu reden«, und »wirklich erstaunlich ist wie sie es tut«, bei einem »Routinetermin« seien diese »Klarheit und Emotionalität« überraschend. Hier seien Sätze gefallen, die eine »Emotionalität« zeigen, die man nicht »von Merkel gewohnt ist«. »Merkeln« habe zwar bislang unter Jugendlichen bedeutet, dass jemand »keine Äußerung von sich« gebe, aber auf dieser Pressekonzferenz sei die Kanzlerin unmissverständlich deutlich geworden, wie eben eine »Kanzlerin im Ausnahmefall«. Sie sei offenbar »entschlossen [...] die Krise anzupacken und auch neue Wege zu gehen«. Zudem gäbe es für sie keine »Toleranz gegen die, die die Würde anderer Menschen infrage stellen« (ebd.). Stattdessen habe sie zu »Mitgefühl mit den Flüchtlingen« aufgerufen (Folgen Sie, 2015). Es ist auffällig, wie stark diese Berichterstattung die emotionale Verfassung der Kanzlerin, ihre politische Performance oder auch die Inszenierung eines nationalen Narrativs in den Mittelpunkt rückt. Hinsichtlich der Kanzlerin zählt *ihr* »Ausnahmefall«. Er wird

thematisch akzentuiert, nicht aber der der Flüchtlingslage. *Ihrer* Klarheit, Entschlossenheit, Eindeutigkeit gilt der Fokus, nicht aber der Situation der Geflüchteten, die diese Art der Entschlossenheit ursächlich gebietet. *Ihre* Erhebung des Themas zum Hauptakzent der Rede hält die ZEIT für »ungewöhnlich«, nicht aber, dass allein im August mehr als hunderttausend Geflüchtete Schutz, Hilfe und Asyl in Deutschland suchten. Und merkwürdig, dass das ganze Achtergewicht der medialen Reaktion überwiegend in folgsamer »Deutungsgemeinschaft« mit der Kanzlerin (Schwab-Trapp 2011: 293) die nationale Herausforderung des »Schaffens« reklamiert. Damit wird also auch medial das Problem der Geflüchteten transformiert in die Perspektive »Deutschlands«, anstatt zu thematisieren, zu fordern und dazu aufzurufen, dass *sie, die Geflüchteten, es schaffen!* Es wird sich zeigen, dass solche narrativen Umgehungen für die weitere mediale Auseinandersetzung prägend sind. Sie widmen sich beispielsweise mehr den Fragen des nationalen Zustandes oder des europäischen Selbstverständnisses als der empathischen Auseinandersetzung etwa mit den Traumatisierungserfahrungen der geflüchteten Menschen, die, wie Merkel immerhin explizit formulierte, oftmals »mit Angst um das eigene Leben oder das Leben der Kinder oder der Partner« in Deutschland ankommen (Sommerpressekonferenz, 2015). Diese diskursiven Umgehungen bargen schon von Beginn an, also in der Geburtsstunde jenes »Wir-schaffen-das-Narrativs«, ein Distanzmoment – es geht eben vorrangig um »uns« – gegenüber der realen Situation von geflüchteten Menschen. Sie sind nur Bestandteil des »Das«, das es zu schaffen gilt. Eine Distanz, die sich in nur wenigen Monaten als eine verschärfte Abgrenzung und Polemik gegenüber Geflüchteten weit über das rechtspolitische Spektrum hinaus etablierte und jenes Diktum von Merkel meinte als illusionär enttarnen zu können (vgl. Wir schaffen das nicht, 2016; »Wir schaffen das,« 2019).

3.2 Ailan Kurdi – die Entstehung einer großen Erzählung

Albrecht Koschorke hat, wie bereits erwähnt, in seiner Erzähltheorie die These aufgestellt, dass ein Narrativ gerade dann geneigter verfolgt

wird, wenn seine Adressaten sich als Teil einer »Problemlösungsgemeinschaft« verstehen (Koschorke 2017: 69). Es sollte deutlich geworden sein, dass die Sommerpressekonferenz mit dem Appell an jene Wirkgemeinschaft eine derartige Intention verfolgt hat. Nach Koschorke gelingt dieses Vorhaben besonders, wenn im Sinn des englischen Verbs »concern« eine Erzählung so affektiv betroffen macht, dass sie den Eindruck vermittelt mich etwas anzugehen, meine »Teilnahme [...] Unruhe, Sorge« auszulösen (ebd.). Die Affekte der Leserinnen und Leser bezüglich des Flüchtlingsdiskurses zu bedienen und ihre humanitäre Gefühlswelt und Handlungsbereitschaft zu provozieren, scheint dann am erfolgreichsten gewährleistet, wenn diese gezielt dadurch angesprochen werden, dass Geflüchtete selbst als authentische und Mitgefühl auslösende Zeugen ihrer Geschichte zu Wort kommen. Die Berichterstattung und Kommentierung der sogenannten Flüchtlingskrise hatten das im Rahmen der dargestellten Diskursstränge, wie sie die ZEIT bis Anfang September 2015 präsentiert hat, kaum geleistet. Auch die Ende August erfolgte Nachricht des Schreckens über 71 in einem Lkw eingepferchte tote Geflüchtete im benachbarten Österreich provozierte zwar anklagende und mahnende Rufe an »Europa«, was selbst die BILD dazu veranlasste, sich mit ihrem Aufschrei über diese »Schande« für »Europa« zu profilieren (Das Foto der Schande, 2015). Aber auch dieses Todes-Ereignis war offenbar noch nicht in der Lage, das emotionale und politische Ruder herumzureißen. Medial herangezogene Expertinnen und Experten boten dazu psychologische Erklärungsmuster. Das »Bild aus dem LKW« habe ein abschreckendes und Distanz generierendes »Grauen beim Anschauen« erzeugt und keine Empathie ausgelöst (Totes Flüchtlingskind, 2015). Folglich bestand auch nach jenen österreichischen Todesnachrichten immer noch Kontinuität bezüglich der Kampfansage an »die Schlepper«. Sie wurde weiterhin als Lösungsprojektion auch von der ZEIT reproduziert (vgl. Das miese, 2015), womit die Schuldfrage an externe Verursacher delegiert und Einsichten in die eigenen Verantwortlichkeiten der europäischen Flüchtlingspolitik verdrängt wurden.

Der Tod von Ailan Kurdi am 2. September (siehe S. 15f.) und die entsprechende Berichterstattung schienen diese psychologische Abwehr,

sich auf das Schlepperwesen als dem ursächlichen Faktor zu fokussieren, nicht mehr zu ermöglichen. Der Zweijährige war an diesem Tag am Strand von Bodrum leblos aufgefunden worden. Die türkische Fotografin Nilüfer Demir hatte den zweijährigen Ailan in einer Pose fotografiert, die ihn vermeintlich am Strand schlafend, nur mit einem T-Shirt, einem kurzen Höschen und Turnschuhen bekleidet, darstellte. Es war das »prominenteste« unter einer Reihe von weiteren Bildern des toten Kindes, unter denen besonders noch eines Trauer und Empörung auslöste, auf dem man einen Polizisten sieht, der den leblosen Körper vom Strand trägt und dabei sein Gesicht von dem toten Kind abwendet. Die am Tag darauf in einer ganzen Reihe von Printmedien mit einem dieser Fotos bebilderte Todesnachricht verstärkte medial den Eindruck weltweiter Bestürzung. Die Eindringlichkeit dieser Nachricht erlaubte offenbar kaum Distanz, sondern provozierte tiefe, nachdenklich machende Bestürzung, was wiederum von Medienspezialisten bestätigt wurde. Es brauchte offenbar ein »Gesicht«, das die Komplexität des Ganzen reduzierte, sie in menschlich anschaulicher, identifizierbarer Weise vergegenwärtigte und eine entsprechende Empathie auslöste. Es wurde auch medial bescheinigt, dass das »Bild eines toten Jungen« eine »sehr tiefe Traurigkeit« auslöse, die »in einem Menschen etwas bewegen kann« (Totes Flüchtlingskind, 2015). Der Korrespondent der »Welt am Sonntag«, Robin Alexander, personifizierte noch im Nachhinein mit Blick auf dieses Ereignis »Europa« als Träger einer kollektiven Empfindung: »Europa möchte nicht mehr ertragen, welche Opfer seine Abschottung fordert – das ist das prägende Gefühl in diesen Tagen.« (Alexander 2017: 47) Dieser Tod wurde als eine »Botschaft« an und für »Europa«, wenn nicht gar an »die Welt« verstanden, beziehungsweise von vielen Printmedien als eine solche aufbereitet (Ein Bild, eine, 2015). »Ein Foto, um die Welt zum Schweigen zu bringen«, vermeldete etwa die italienische Zeitung La Repubblica. Die spanische Zeitung El Periódico betitelte ihren Kommentar theatralisch mit »Der Untergang Europas« (Foto, 2015), der Branchendienst Meedia nannte das Foto »Das traurigste Bild der Welt« (Ein Bild, das, 2015), die türkische Zeitung Hürriyet gab ihm die Überschrift: »Die Welt erschüttert« (Ein Foto, 2015), und der britische Independence fragte appellativ: »Was, wenn

nicht dieses Bild eines an den Strand gespülten syrischen Kindes, wird die europäische Haltung gegenüber Flüchtlingen ändern?» (Foto, 2015) Realpolitisch schien das Foto eine Wirkung zu entfalten, die auf Abkehr von einer restriktiven Flüchtlingspolitik hoffen ließ. So wurde mehrfach der britische Regierungssprecher mit seiner Kommentierung zitiert: »Diese Bilder sind wirklich schockierend.« Deshalb müsse der Kampf jetzt »eine[r] internationale[n] Antwort auf die humanitäre Krise« gelten (Ein Bild, eine, 2015). Und auch der britische Premierminister David Cameron zeigte sich erschüttert und meinte, dass jeder, »der letzte Nacht diese Bilder gesehen« habe, gar nicht anders könne, »als bewegt zu sein« (Die ganze, 2015).

Die Dimension dieser Erschütterung wurde in zahlreichen Printmedien durch Zuschreibungen untermauert, die diesem Bild eine außergewöhnliche Singularität mit umfassender Erklärungskraft für das Verständnis der Flüchtlingstragödie zuschrieben. In diesem einzigen Foto eines tot am Strand liegenden Jungen erschließe sich die komplette Dimension der Flüchtlingskrise in ihrer »Unzweideutigkeit« (Was uns, 2015). Denn dieses Foto sei ein »Symbol für die Flüchtlingskrise« (Foto, 2015), ein »Sinnbild der Katastrophe« (Warum, 2015) es gebe, wie die Bild kommentierte, »dem Flüchtlingselend einen Namen« (Die ganze, 2015).

Allerdings war es nicht unumstritten, auf die Wirkung des Bildes qua Veröffentlichung zu setzen, und es entzündete sich an dieser Frage eine innermediale Auseinandersetzung. Teilweise wurde verteidigt, das Foto nicht zu veröffentlichen, denn man müsse, wie Stefan Plöckinger von der Süddeutschen Zeitung meinte, dieses Foto nicht sehen, um zu verstehen, »was sich ändern muss«. Die Zukunft werde ja zeigen, welche Macht dieses Bild hat und »ob Europa aus den Bildern gelernt hat« (Was uns, 2015). Deutlich zuversichtlicher beteuerte Arno Frank in seinem ZEIT-Kommentar, dass dieses Bild eine »Botschaft« und eine konkrete »Geschichte« habe, »uns« daher mit nackter »Faktizität« konfrontiere. Darin aber liege geradezu sein »Sinn«, es durchschlage wie »ein visuelles Geschoss [...] mühelos unseren Wahrnehmungspanzer«. Von »Ailan Kurdis Leiche« gelte, was schon Rosa Luxemburg gesagt habe: »Es gibt [...] Leichen, die lauter reden als Posaunen«. Die-

se Leiche »rede von Schande« und »leuchtet doch von Hoffnung« (Mit Wucht, 2015). Teilweise wurden auch Experten herangeführt, die die Wirkmächtigkeit dieses Fotos unterstreichen und seine Abbildung zusätzlich legitimieren sollten. So etwa wurde in mehreren Zeitungen der Direktor der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch zitiert, der nicht den Abdruck des Bildes als »anstößig« empfinde, anstößig sei vielmehr, »dass an unseren Küsten ertrunkene Kinder angespült werden« (Das Foto von, 2015). Sein Abdruck entspräche auch der Intention der Fotografin, Nilüfer Demir, Ailans »Schrei – dem Schrei seines am Boden liegenden Körpers – Gehör zu verschaffen« (ebd.). In mehreren Artikeln kam zudem gleichlautend der Psychologe Michael Thiel als Experte zu Wort, der die Kraft der Bilder in ihrer »unmittelbare[n] Wirkung« bestätigte und damit dem Abdruck auch eine psychologisch legitimierte Referenz gab (Ein Bild, das 2015).

Diesem Foto wurde medial sowohl eine weltweite, emotional erschütternde Wahrnehmung attestiert als auch eine exzeptionelle Repräsentationsqualität, das Flüchtlingselend signifikant zu verkörpern. Darüber hinaus boten sein Abdruck und seine Kommentierung in einer Reihe von Medien auch das Material für eine journalistisch lancierte, moralische Anklage, »Europa« wegen seiner menschenverachtenden Politik an den Pranger zu stellen: Das Foto bebildere »das absolute Versagen der Politik« (Die Kinder, 2015), und es stelle sich jetzt die Frage, wie »herzlos« Europa sei und was es denn noch brauche, »damit die Asylpolitik der humanitären Herausforderung gerecht wird« (Was uns, 2015). Stern.de sah daher »Europa [...] vor einer seiner größten Herausforderungen«, vielleicht »der größten seit dem Zweiten Weltkrieg«. Die Welt drehe sich jetzt nicht einfach weiter, deshalb sei als Mahnung der »Junge am Strand den ganzen Tag bei uns zu sehen« (Die Kinder, 2015). In Teilen übernahmen also Journalistinnen und Journalisten die pädagogisch ambitionierte Rolle, »Europa« zum Umdenken und zur Realisierung der aktuellen – historisch vermeintlich dem Zweiten Weltkrieg vergleichbaren – Herausforderung aufzurufen, etwa wenn die Rheinische Post formulierte: »Weil Europa nicht wegschauen darf, haben auch wir uns entschieden, die Fotos zu zeigen, so schmerzhaft sie auch sind.« (Aylans Familie, 2015) Allein dem Abdruck des Fotos schien man die

Chance auf eine realitätsprägende Kraft beizumessen, was dem Journalismus die Selbsteinschätzung einer europäisch dimensionierten, politischen Wirksamkeit zusprach. Die von vielen Medien zitierte Formulierung des Branchendienstes meedia.de vom »medialen Wendepunkt«, den das Foto einleitete, wurde also in diesem Sinne journalistisch zum »realen« Wendepunkt umgeschrieben. In diesem Sinne kommentierte Arno Frank in seinem Artikel der ZEIT ONLINE: »Das Bild hat eine Wirkung und diese Wirkung hat Wucht.« (Mit Wucht, 2015)

Bilanziert man die diskursiven Eigenarten, die sich im Zuge der Berichterstattung über den Tod des zweijährigen Ailan innerhalb von 24 Stunden herauskristallisiert haben, so kommt man zu mehreren Ergebnissen. Die Botschaften sind *erstens* eingebettet in die Skizzierung eines affektiv aufgeladenen Klimas der »Empörung«, der »Bestürzung«, des »Schocks« oder der »Trauer«. Diese *affektive Wirkung* der Berichterstattung gelingt durch eine deutliche *Komplexitätsreduktion*, die darin besteht, den Tod des zweijährigen Kindes *szenisch zu illustrieren* und damit »das Geschehen wie etwas unmittelbar Erlebtes« zu illusionieren (vgl. Koschorke 2017: 77). Ailan verkörpert nunmehr *zweitens* das Schicksal der Geflüchteten schlechthin, er ist ihre Inkarnation, ihr Symbol, ihr Name. Die wenigen Sachinformationen zu seiner Person und der Geschichte seiner Flucht sind für das Framing vieler Artikel durchaus wichtig, weil sie die konkreten biografischen Hintergründe zumindest so weit beleuchten, dass Ailan als ein kleiner, unschuldiger Junge mit einer dramatischen Geschichte *exemplarisch* für das ausweglose Leid der Geflüchteten insgesamt stehen kann. Der komplexe Erzählstoff der »Flüchtlingskrise« wird damit verknappt und erhält eine lebensweltlich nachvollziehbare Verkörperung, eine »Sinn« erschließende, emotionalisierende Story (vgl. ebd.: 11; 32): Es geht um den brutalen Tod eines Kindes, ein Unrecht! Die mediale Fokussierung auf diesen Jungen hatte den Effekt angesichts des konkurrierenden Wahrheitsanspruchs, die Schlepper für die Flüchtlingstoten verantwortlich zu machen, nunmehr eine eindeutige, neue Wahrheit (vgl. Viehöver 2014: 77) und damit eine veränderte »agency« (Koschorke 2017: 80) zu etablieren: Die Schuld trägt ein »herzloses Europa«. Damit brachte sich *drittens* die mediale Welt in die Rolle einer *moralischen Instanz*, die an ein abstraktes und anthropo-

logisiertes Kollektiv, Europa, als Adressat appelliert, seinen flüchtlingspolitischen Kurs zu ändern. Angeklagt wurde ein »Europa«, wiederum als Kollektiv einer Problemlösungsgemeinschaft, das sich hartherzig im Untergang befinde, dessen Politik versagt habe, das vor seiner größten Herausforderung seit dem Zweiten Weltkrieg stehe und das sich nun endlich zur Änderung seiner Politik ermahnen lassen müsse, ohne dass ausdifferenziert erkennbar wird, welche Forderungen konkret erhoben werden. *Viertens* verstanden sich teilweise die Journalistinnen und Journalisten im Kontext dieser moralischen Anklage offenbar selbst als realpolitisch wirksam, indem sie die Bild-Reproduktion des toten Ailan als ein geeignetes Mittel inserierten, den »Wahrnehmungspanzer« politischer Instanzen zu durchbrechen und dafür zu sorgen, dass »Europa nicht wegschauen« dürfe. Damit drängte ein Großteil der medialen Welt mit ihrer Botschaft auf die tatsächliche »Realisation« ihres derart aufgebauten Narrativs (Koschorke 2017: 253, Hervorh. i.O.).

Gerade durch den letzten Akzent verschob sich aber auch das Gewicht der Berichterstattung, weg von der eigentlichen Sachdimension, nämlich dem Tod eines Kindes, dessen Ursache durchaus politisch kontextualisiert hätte analysiert werden können, hin zu einer Sozialdimension, durch die die Medien bemüht waren, sich gegenüber den politisch Verantwortlichen auf Augenhöhe als beratende und ermahnende Instanz aufzubauen (vgl. ebd.: 350). Bezeichnend für diese Verschiebung ist die innermediale Auseinandersetzung über die durch den Abdruck des Fotos vermeintlich erzielbare politische Einflussmöglichkeit. Indem die moralische Krise Europas zum maßgeblichen Fokus der Botschaften wurde, geriet das Schicksal der Geflüchteten ein Stück in den Hintergrund. Die eingeforderte humanitäre Hilfeleistung stand letztlich im Dienst der Wiederherstellung moralischer Integrität der europäischen Staaten. Dieses Einpendeln der Berichterstattung in den Modus einer moralischen Anklage an Europa bildet damit eine ähnliche Distanz zu der eigentlichen Flüchtlingsthematik ab, wie sie auch mit dem Narrativ von Deutschland als »Land der Hoffnung« in Reaktion auf die Sommerpressekonferenz einherging.

Es mag sein, dass diese diskursive Gesamtkonstruktion aus affektiver Reaktion, Stilisierung des toten zweijährigen Kindes zum Sinnbild

der Flüchtlingswirklichkeit und moralischer Bedrängnis mit dazu geführt hat, dass sich wenige Tage später die Regierung Merkel dazu entschied, den aus Ungarn heranziehenden Geflüchteten den Zutritt über die deutsche Grenze nicht zu verwehren, aber bezüglich der Nachhaltigkeit war dieses diskursive Konstrukt höchst fragil. Die affektive Ebene der Betroffenheit und Bestürzung war naturgemäß nicht von langer Dauer. Die Repräsentanz eines zweijährigen ertrunkenen Kindes für alle ankommenden Geflüchteten war, insbesondere mit Blick auf junge Männer, die teilweise eher als Bedrohung empfunden wurden, kaum gegeben. Schließlich war die Ebene des Appells, zumal adressiert an ein »Europa«, von dem nicht klar ersichtlich wurde, wer gemeint war und welche konkreten flüchtlingspolitischen Schritte eigentlich eingefordert wurden, argumentativ von nur begrenzt wirksamer Durchschlagskraft. Es mag also bereits an der Anlage dieses diskursiven Schemas gelegen haben, dass jene große Betroffenheit und Bestürzung provozierende Erzählung von dem kleinen Jungen aus Bodrum für die Flüchtlingspolitik keine nachhaltige Wirkung entfalten sollte.

3.3 Willkommen im gelobten Land

Im Hochsommer und Frühherbst 2015 verdichtete sich die mediale Berichterstattung über die Fluchtereignisse. Die diesbezügliche Frequenz von Tagesschau, tagesschau.de und Spiegel online erreichte im August ihren Spitzenwert (vgl. Haller 2017: 18). Im gleichen Monat gab es wie schon im Juli (37.531) nach Auskunft des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge eine hohe Anzahl von Asylanträgen (36.422) (vgl. Bundesamt 2016: 13), die allerdings im September und den Folgemonaten nochmals steigen sollte (vgl. Bundesministerium des Inneren 2016). Mitte August hatte der Bundesinnenminister die Gesamtzahl der für 2015 zu erwartenden Geflüchteten auf 800.000 korrigiert, »eine Herausforderung für uns alle«, denn jeder »Flüchtling, der nach Deutschland kommt, muss würdig, sicher und anständig aufgenommen werden«, so der Minister (De Maizièrè, 2015). In Artikeln der ZEIT bauten sich Narrative vom Kairos der Superlative und den damit

gesetzten Anforderungen auf. Etwa in einem Artikel von Marc Brost und Heinrich Wefing unter Mitarbeit von Caterina Lobenstein. Dort heißt es: »Die Republik« stehe »vor ihrer größten Veränderung« und erstmals »seit der Flüchtlingskrise kommt Deutschlands Politik in der Wirklichkeit an« (Zumutung, 2015). Wie sich »Jahr für Jahr Hunderttausende Asylbewerber aus vielen Regionen der Welt menschenwürdig unterbringen, ernähren und medizinisch versorgen« lassen, sei »vielleicht die größte politische Aufgabe unserer Zeit« (ebd.). Auch Politiker würden ein Land skizzieren, »das ganz anders aussehen wird«, das »ganze Land wird sich engagieren müssen«, das »Leben wird bunter werden und vielfältiger«, und »Deutschland wird zum Einwanderungsland, unweigerlich, unwiderruflich und ab sofort« (ebd.). Letztlich gehe es nicht nur um Deutschland: »Auch Europa muss sich verändern, und zwar radikal und strukturell.« (Ebd.) Für Deutschland jedenfalls gelte: »Wir werden die Asylverfahren beschleunigen müssen«, wir »werden pensionierte Lehrer [...] aus dem Ruhestand zurückholen müssen«, wir »werden Kasernen [...] wieder öffnen müssen«, wir »werden Sicherheitsvorschriften und technische Standards senken müssen« (ebd.). Eine Woche später bekräftigt Heinrich Wefing geradezu euphorisch diese Transformation »eines Landes«, das »erkennt, dass es mitten drinsteckt in einem historischen Umbruch« und dessen Bürgerinnen und Bürger eine »atemberaubende Hilfsbereitschaft« an den Tag legen (Wie 1989, 2015). Zwar gebe es auch reichliche Gefährdungen, es drohe die »Renationalisierung der Grenzen« und damit stehe auch das hohe europäische Prinzip der Freizügigkeit auf dem Spiel, aber das zeige nur an, welche historische Herausforderung gegeben sei. Die Politik müsse »den Kontinent umgestalten wie seit 1989 nicht mehr« (ebd.). Der Mitherausgeber der ZEIT, Josef Joffe, eröffnet am 10. September seine Kolumne unter dem Titel »Das deutsche Wunder« mit einer Frage, die unterstellt, dass sich das ganze »Land« im Zustand einer gastfreundlichen und herzlichen Gemütsregung befindet: »Wieso öffnet das Land den Fremden Tor und Herzen?« (Das deutsche, 2015) Dieser Artikel ist bezeichnenderweise der Rubrik »Zeitgeist/Willkommenskultur« zugeordnet, worauf noch einzugehen ist. Auch hier wieder der Zugriff auf einen Superlativ der aktuellen Lage: Es handle sich um die »größ-

te[n] Massenwanderung seit Ende des Krieges«, aber die »Deutschen machen« angesichts dessen »Land, Herzen und Arme auf«. Unter Berufung auf infratest dimap referiert Joffe, dass in der Bevölkerung »85 Prozent [...] »legale Möglichkeiten zur Einreise nach Deutschland« schaffen« wollen. Diese »Revolution« der Herzen erkläre sich einerseits aus dem Grauen der Bilder von toten Geflüchteten und andererseits aus einem »Kultur(um)bruch«: »Jahrhundertlang war Deutschsein an Herkunft gekettet: Abstammung, Glauben, Sprache. Dieses Land entwickelt gerade ein modernes Verhältnis zur Nationalität: Deutsch ist nicht »sein«, sondern »werden«, nicht »bio«, sondern Willensakt.« (Ebd.) Auch für Gero von Randow ist, wie er in seinem Artikel vom 3. September in der ZEIT meint, die »Massenflucht nach Deutschland« exzeptionell und ohne »historische Parallele« (Sie meinen uns!, 2015). Die zur Zeit der Abfassung des Artikels aktuelle Lage in Budapest mit nahezu 3000 Geflüchteten, die am Bahnhof Keleti ausharrten, in der Hoffnung, weiter nach Deutschland reisen zu können (vgl. Tausende Flüchtlinge, 2015), nimmt von Randow zum Anlass, ihre Rufe »Germany! Germany!« als unmittelbaren, dringlichen Appell an »uns« zu werten: »Sie meinen uns. Dass sie uns rufen, ist ergreifend.« (Sie meinen uns!, 2015) Mit diesem »uns« ist das nicht näher bestimmte Kollektiv der »Deutschen« gemeint, von denen viele, wie von Randow meint, psychologisieren zu können, in den Geflüchteten »zuallererst sich selbst [...] als verletzte Menschen« erkannt haben. Aber darüber hinaus stelle sich die Frage, ob »Deutschland« mit Blick auf die demografische Situation und die Altersstruktur »schon in vollem Umfang begriffen« habe, »welches Glück ihm gerade selbst widerfährt«, weil es sich »verjüngt und ethnisch bunter wiederfinden« wird »als je zuvor« (ebd.).

Lässt man diese Äußerungen in der Summe auf sich wirken, so wird unschwer erkennbar, dass die Vision der Veränderungen fast unbegrenzt dimensioniert wird. Sie ergreift als die »größte politische Aufgabe« die »Republik«, das »ganze Land«, »Deutschland«, ja ganz »Europa«, den »Kontinent«. Der Gebrauch von Verben wie »ankommen«, »verändern« – und zwar »radikal und strukturell« –, »umgestalten«, »unterbringen«, »versorgen«, »beschleunigen«, »zurückholen«

suggeriert eine Mobilisierungs- und generelle Veränderungsnotwendigkeit, die als alternativlos beschworen wird. Die Erfordernisse unterliegen vermeintlich dem radikalen Diktat des Sachzwangs, ein unausweichliches »Muss« durchzieht immer wieder die Textpassagen! Die Herolde dieser Notwendigkeiten und radikalen Mobilisierungsimperative sind neben den politisch Verantwortlichen offensichtlich auch Journalistinnen und Journalisten, wie diese Beispiele zeigen. Sie mahnen, belehren, suggerieren, deuten und vollziehen Zuordnungen des historisch Besonderen, des Kairos oder der Vergleichbarkeit mit exzeptionellen Ereignissen wie denen von 1989. Die konkrete Handlungsstrategie wird dabei kaum konturiert. Dass etwas Großes von mindestens nationaler Bedeutung vor sich geht, nach Veränderung drängt und daher auch geschehen muss, wird unmissverständlich angesagt. Dass »wir« das zu bewältigen haben, daran wird mehrfach appelliert, aber was genau von wem, wie und wann zu tun ist, bleibt bis auf einige Hinweise bezüglich der Asylverfahren, pensionierter Lehrkräfte oder zu öffnender Kasernen unbestimmt. Es wird ein Kontinuitätsbruch von gehörigem Ausmaß konstatiert, eine mentale Revolution, ein Wunder, eine neue Selbsterkenntnis, ein unbegreifliches »Glück«, das das »Land« ergriffen habe. Joffe nutzt dabei sprachlich eine bezeichnende Personifizierung der Vorstellung vom »Land«, die bereits in der Redewendung der Kanzlerin, »Deutschland ist ein starkes Land« auf der Bundespresskonferenz zutage trat (Sommerpresskonferenz, 2015). Er beschreibt das Land im Gemütszustand der Herzensöffnung, Brost, Wefing und Lobenstein fordern ein, dass sich das »ganze Land wird [...] engagieren müssen« (Zumutung, 2015), und von Randow sieht Deutschland als Subjekt eines nur mühsam vollzogenen Erkenntnisprozesses.

Diese Formulierungen suggerieren die *Subjekthaftigkeit der Nation*. Die Metaphorik, die Nation als Person zu bebildern, hat eine lange Tradition, deren Ursprünge bis in die römische Geschichtsschreibung des Titus Livius zurückreichen (vgl. Koschorke et al. 2007: 15ff.). Sie ist bis heute beispielsweise im Sport geläufig, etwa bei Fußballländerspielen, oder in der politischen Sprache, wenn zwei Länder verhandeln, sich begegnen oder gar Krieg führen (vgl. Wehling 2018: 70). Sie dient oft als Framing, durch das »die Quelldomäne *Person* [...] das Denken und Spre-

chen über die Zieldomäne *Nation*« strukturiert (ebd., Hervorh. i.O.). Hier wird nun ein sehr dynamisches, veränderungswilliges, nachdenkliches Bild jener »Person« entworfen, die stark ist, in Bewegung, engagiert, mit gütiger und gastfreundlicher Offenheit. Zugleich ist auf der Faktenebene klar, dass es sich um eine objektive, dem Einzelnen gegenüber übergeordnete Einheit handelt. Setzt man das empfundene Zugehörigkeitsgefühl der Leserinnen und Leser zu dieser Nation weitestgehend voraus, ist die indirekte Botschaft, die vermittelt wird, die Einladung oder Aufforderung, sich als Teil dieser Nation entsprechend positiv dieser Bewegung ins Neue anzuschließen. Da zugleich nicht deutlich wird, welche konkrete Handlung damit verbunden sein soll, es vielmehr, laut Joffe, um eine »Revolution« der Einstellungen geht, ist es naheliegend, für diese Zugehörigkeit eine Formel zu suchen, einen Leitbegriff, der jene Projektionen auf eine reale, die Nation verändernde Bewegung substantiiert. Der Begriff der *Willkommenskultur* bot sich offensichtlich diesbezüglich als ein Integral an. Er war bereits seit gut zehn Jahren in Gebrauch, wurde ursprünglich von Arbeitgeberverbänden für die Anwerbung von qualifizierten Arbeitskräften verwendet (vgl. Haller 2017: 59) und entsprang insofern einer »primär ökonomischen Motivation« (ebd.: 70). Sodann floss er in das Amtsdeutsch von »Ämter[n] und Behörden« ein, die »mit diesem Schlagwort hantierten«, um schließlich als normative Kategorie auf die gastfreundliche Haltung der Zivilgesellschaft insgesamt abzu zielen (vgl. ebd.: 71). In diesem letzteren Sinn kommt die Bedeutung des Begriffs auch im Artikel von Joffe, der – wie erwähnt – der Rubrik »Zeitgeist/Willkommenskultur« zugeordnet ist, zur Geltung und schließt ebenso etymologisch an seine Wurzeln an. Vom mittelhochdeutschen »willekom(e)« oder »willekum(e)« abgeleitet, bedeutet die Zusammensetzung der Wortbestandteile »Wille und kommen« etwa »nach Willen angekommen«, also übertragen »als Gast erwünscht, gewollt« sein (Willkommen, o.J.). In den ausgewählten Artikeln lässt sich die Vorstellung nachzeichnen, dass diese »Willkommenskultur« sich wesentlich dadurch auszeichnet, dass die Menschen ergriffen sind, sich ihre Herzen, Gemüter und Gedanken gegenüber den »Fremden« geöffnet haben. Demnach geht es mit der hier erfolgten Verwendung des Begriffs der »Willkommenskultur« nicht um die

politische Ebene, also um Aspekte der staatlichen Rahmensetzungen, der Finanzströme oder der migrations- oder arbeitsmarktpolitischen Gesetzgebung. Das hat, wie der Migrationsforscher Klaus Bade betont, allerdings auch einen sachgerechten Hintergrund. Denn dieses zivilgesellschaftliche Engagement erwuchs »unter dem Eindruck der Überforderung staatlicher und kommunaler Versorgungseinrichtungen« und resultierte aus einer »fehlende[n] staatliche[n] [...] ›Willkommenskultur« (Bade 2016: 73). Die diesbezüglichen »Ersatzengagements« waren aber keineswegs unpolitisch, spontan und naiv. Sie reichten

»von den christlichen Kirchen und anderen Religionsgemeinschaften über Wohlfahrtsverbände, die Hilfsorganisation Pro Asyl und das Welcome-Programm von Refugio bis hin zu zahllosen bürgerschaftliche-privaten Initiativen vor Ort, die nach Schätzungen mehr als 7 Millionen ehrenamtliche Helfer und Spender« einschlossen (ebd.).

In dieser Bewegung waren »drei Leitziele besonders deutlich: Hilfe (für Geflüchtete), Protest (gegen restriktive Regierungspolitik) und Kampf (gegen fremden- und flüchtlingsfeindliche Aktivitäten)« (ebd.: 74).

Die ZEIT bemühte sich nun auch um den Nachweis, wie diese Willkommenskultur konkret aussieht, indem sie den Perspektivwechsel weg von der Makroebene der personifizierten Nation hin zu der Suche nach der einzelnen, menschlichen Begegnung vornahm, also da, wo das Miteinander von Fremden und Einheimischen dieser »Willkommenskultur« sich ereignet. So benennt sie denn Mitte August 2015 in ihrer 32. Ausgabe auf der ersten Seite das Titelthema »Willkommen! Was widerfährt einer Familie aus dem Irak, die in Deutschland Zuflucht sucht? Geschichten aus einem Land, das Fremden die Hand reicht« (Willkommen, 2015: 1). Durchgängig bemühen sich in der das Titelthema aufgreifenden, dreiseitigen Dokumentation die Redakteurin Amrai Cohen und der Redakteur Henning Sußebach um die Ebene der Handelnden vor Ort, der Region in und um Passau. Diese Perspektive ist in der kompletten Berichterstattung über die Fluchtereignisse deutlich unterrepräsentiert (vgl. Haller 2017: 133), was erheblich ist, da ihre Funktion gerade darin besteht, ein realistisches Gesamtbild der Situation zu erzeugen. In diesem Artikel hingegen

kommen Geflüchtete zur Sprache, Helfer, Anwohnerinnen, Polizisten, der Oberbürgermeister, eine Reihe von »Experten« und immer wieder auch jene fünfköpfige Familie Shamo, auf die sich die Subline bezieht: Sie, so erfährt man im Verlauf des Artikels, wird nach langer Irrfahrt von vielen Tagen und Wochen von Schleusern an einem Rastplatz der A3 bei Passau ausgesetzt, begibt sich desorientiert auf den Fußmarsch entlang der Leitplanken, bevor sie von der Polizei ins sichere Gewahrsam genommen werden kann und schließlich im Zuge bürokratischer Vereinfachung vom Bruder des Familienvaters nach München geholt werden darf (vgl. Im gelobten, 2015: 13ff.). Die Begebenheit setzt ein mit einer tuchführenden Begegnung zwischen einer Passauer Bewohnerin und einigen Geflüchteten: Caroline Spreitzer, die gerade »die Betten« aufschüttelt, »als das Weltgeschehen ihren Garten erreicht«, tritt vor die Tür und stößt im Vorgarten auf jene um Rat und Hilfe bittenden Fremden. Ein Familienvater fleht in religiöser Pose mit gefalteten Händen, zeigt sodann »stumm auf seine Kinder« und deutet an »Durst! Durst!« (ebd.). Caroline Spreitzer holt nicht nur eilig Leitungswasser, sondern auch »Semmeln mit Nutella«, denn, so wird ihr Kenntnisstand vermittelt, sie wisse ja, »die essen kein Schweinefleisch« (ebd.). Sie begreift immer mehr durch diese Begegnung, sie weiß, dass sie »die neue Völkerwanderung nicht stoppen kann«, realisiert, dass »ihr Glück, auf einem friedlichen Fleck Erde zu leben, auch eine Verpflichtung ist« (ebd.: 14). Und so bildet sie, inmitten von »Deutschlands Lampedusa« (ebd.: 13), ein Beispiel für das große Narrativ des Willkommens, für die Erzählung über ein Land, das sich neu ordnet und begreift. Der Artikel unterschlägt nicht, dass es auch jene gibt, die »Angst« haben, die sich »vor eingeschleppten Krankheiten fürchten« oder die sich schlichtweg ärgern »über den Müll in ihren Gärten« (ebd.: 14), aber dennoch stehen die wohlwollenden, um Willkommenskultur bemühten Menschen im Vordergrund. Diese, »Beamte, Bauern, Ärzte, Lehrer, Dolmetscher, Staatsanwälte« und der Bürgermeister, ringen um »Worte [...] für einen Epochenwandel« und sie suchen »stellvertretend für ganz Deutschland nach Antworten« (ebd.: 13). Diese geben sie wie schon Caroline Spreitzer durchweg durch ihre praktische Hilfe, denn ganz Passau sei ein »Praxislabor für Flüchtlingspolitik«. Die Polizeibeamten sehen dieses

ganze »Leid am Fließband«, aber sie tun alles nur Erdenkliche, um »den Fremden so viel Nähe zu geben wie möglich« und jedem »seine Würde zu lassen« (ebd.: 14).

Die physische und psychische Leidens-Situation der Geflüchteten wiederum wird durch Experten bestätigt, etwa durch den ortsansässigen Allgemeinmediziner, eigentlich »ein kühler Erzähler«, der nicht zu Pauschalierungen neige und die Verletzungen nüchtern diagnostiziert: »Bis aufs Fleisch wund gelaufene Füße, eiternde Schusswunden, Arme und Beine voller Granatsplitter.« (Ebd.) Er ist folglich ein ernsthafter Zeuge der Verwundungen von Geflüchteten, ihrer realen Verletzbarkeit und Schutzsuche. Aber er bezeugt darüber hinaus die »Disziplin«, die »Würde«, den »Familienzusammenhalt« und den gegenseitigen »Respekt« dieser Menschen. Ein weiterer Experte ist Hossi Meknatgoo, der 1986 als Mitglied der Judo-Nationalmannschaft vor dem Chomeini-Regime geflohen ist und nun als Übersetzer gebraucht wird (vgl. ebd.: 14f.). Er wird als die Instanz eingeführt, die die Flucht- und Traumatisierungserfahrungen der Jugendlichen beschreibt, die teilweise »nur bei Licht einschlafen können«, vernarbte Körper haben, immer noch von ihren Verhaftungen träumen, oft seien es Waisen. Die meisten seien »gebildet und wissbegierig, sie wollen studieren, Arzt oder Ingenieur werden« (ebd.: 15). Familie Shamo, die sich inzwischen in der Passauer Aufnahmestelle befindet und dort die Erfassung ihrer Personaldaten über sich ergehen lassen muss, nehmen Coen und Sußebach zum Anlass, tiefer zu fragen, was alles passieren muss, »bis ein Mensch bereit ist, seine Familie zurückzulassen [...] Wie viele Bomben müssen fallen [...] wie viele Menschen geköpft« werden? Diese Frage wird nun konkret mit Blick auf den Leidensweg des Familienvaters, Amir Shamo, beantwortet: Er ertrug lange Monate den Terror des IS, aber als die Kämpfer des IS seine Stadt Mosul einnahmen, war klar, dass er und seine Familie gezwungen sein würden, zu konvertieren und ihren jesidischen Glauben zu verraten oder zu sterben. Also blieb für diesen »gläubige[n] Mann«, der täglich »zu Gott« betete, nur die Flucht (ebd.: 14). Dieses Beispiel stehe für die Not vieler, »bis sie unerträglich wurde«. So lasse es sich erklären, »warum jetzt, im Sommer 2015, derart viele Flüchtlinge Deutschland erreichen« (ebd.). Angesichts dieser Realitäten wiegt

die Aussage des ortsansässigen Oberbürgermeisters entsprechend erfahrungsgesättigt gewichtig. Er verweigere sich dem falschen Vokabular wie »Asylanten«, »Flüchtlingswelle« und »überschwappen«, lehne die Versuchungen ab, »aus den Ereignissen Kapital zu schlagen«, er sei sicher, dass wir das »packen«. Aber dieser Mann werde eben in »keine Talkshow eingeladen«, er bekomme »keine Gelegenheit, zu berichten, wie viel Elan und Ehrgeiz er bei den Flüchtlingen spürt« (ebd.: 15). Mit anderen Worten: Die Realität, wie sie von Coen und Sußebach freigelegt und von diesem Oberbürgermeister bezeugt wird, findet keinen Widerhall in den öffentlichen Medien.

Dieser Artikel stellt das Ergebnis einer offensichtlich aufwändigen Recherche vor Ort dar, die sich durch die Benennung auf der Titelseite als eine Beleggeschichte für das Phänomen des »Willkommen«, also der Willkommenskultur liest. Dabei ist grundlegend, dass die Willkommenskultur vollständig eingegrenzt wird auf die zivilgesellschaftliche Handlungsebene. Da, wo die Behörde in Form der Polizei auftaucht, wird sie ebenfalls von ihrer menschlich-empathischen und zugleich bis an den Rand der Kräfte erschöpften Seite gezeigt. Ein erweitertes Verständnis von Willkommenskultur, das infrastrukturelle, asylrechtliche, finanzielle, arbeitsmarkt- oder bildungspolitische Aspekte einbezieht, bleibt ausgeblendet. Obwohl dieser Artikel die Perspektive der Geflüchteten, Bewohnerinnen und Bewohner, also insgesamt die »Basis« zu Wort kommen lässt, wirkt die hier gewählte Zugangsweise eigenartig stilisiert und inhaltlich selektiv programmatisch. Die Ansage ist, dass hier das wahre Bild von einem Land gezeigt wird, das »Fremden die Hand reicht« (Willkommen, 2015: 1). Aber der Makel dieser »Wahrheit« ist ihre artifizielle Performance. Sie bietet ein literarisch-journalistisch kunstvoll gewirktes Produkt, das eine bis dahin »nahezu unerzählt gebliebene« Geschichte präsentieren will (Im gelobten, 2015: 13). Der Anspruch von Amrai Coen und Henning Sußebach, die Wahrheit aufzudecken, konstruiert notgedrungen reduktionistisch und erhebt Perspektivisches zum Ganzen. Nicht der Perspektivwechsel auf die Ebene der Akteurinnen und Akteure vor Ort ist zu beanstanden, ganz im Gegenteil, sondern, dass diese Perspektive nun ihrerseits wieder andere Aspekte ausblendet und insofern Ideales typisiert. Schon der Titel gibt dem Arti-

kel einen religiösen Frame, der Assoziationen an den biblischen Exodus weckt: »Im gelobten Land« (Im gelobten, 2015: 13), und die Szene einer ohne Obdach an der Autobahn entlang irrenden Familie konnotiert das biblische Motiv der Weihnachtsgeschichte. Die Art und Weise wie Menschen auf der Flucht in diesem Dossier in Erscheinung treten, bildet sicher auch einen Teil der Realität ab. Aber hier wird in der Summe ein Gesamtbild gezeichnet, das sich in den Duktus des Frames wie eine Art Heiligengeschichte einfügt: Diese Menschen sind auf dem Weg, hilflos ausgesetzt, bittend um menschliche Zuwendung, betend und tiefreligiös, besorgt um ihre Kinder, standhaft, wenn es um ihren Glauben geht, diszipliniert, würdevoll und respektvoll im Umgang miteinander, am Körper voller Wunden, geschunden, traumatisiert und dennoch wissbegierig und nach Zukunft strebend.

Zu bilanzieren ist *erstens*, dass ähnlich der Reaktion auf die Sommerpressekonferenz wie auch auf die Nachricht vom Tod des zweijährigen Ailan die Berichterstattung zahlreicher Medien u.a. auch der ZEIT die Ereignisse auf die Perspektive einer nationalen oder gar europäischen Transformation reduzierte. Das erinnert an bereits bekannte Muster. Immer wieder wird die Nation dabei personalisiert als geschlossene Einheit, als sei sie nun in Gänze in einer Revolution der Herzen begriffen und öffne sich in einer einmütigen Bewegung des Willkommens gastfreundlich den Geflüchteten. Insofern wird auch hier wiederum ein vereinfachtes Bild entworfen und ein im wahrsten Sinne »fremdes« Ereignis in ein *vertrautes Schema nationaler Souveränität überführt* (vgl. Koschorke 2017: 32). Die Suggestion einer derart nationalen, zivilgesellschaftlichen Geschlossenheit blendet aber *zweitens*, möglicherweise aufgrund medialer Selbsteuphorisierung, völlig jene Realitäten aus, die noch wenige Wochen zuvor reichlich Stoff für die journalistische Produktion hergaben: Rechte Umtriebigkeiten, zahlreiche Demonstrationen von Pegida und vermehrte Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte. Die Differenziertheit dieser Realität wird zugunsten einer assimilierenden Eindeutigkeit ignoriert, der *Diskurs entsprechend geordnet* (vgl. Schwab-Trapp 2011: 285f.) und damit »eine spezifische Deutung über die Welt transportiert« (Knaut 2014: 101). Was noch angesichts des Todes von Ailan Kurdi von vielen Medien moralisch eingefordert wurde,

das schien sich nun für Deutschland, allerdings nur medial inseriert, zu erfüllen: Dieses Land vollzieht das Wunder des Willkommens. Subkutan schreiben sich *drittens* damit, so die These, mediale Akteurinnen und Akteure eine immens wichtige Rolle als wirkmächtige Instanzen politischer Realität zu. Sie arbeiten mit dem Narrativ der Willkommenskultur auf dessen »*Realisation*« hin (Koschorke 2017: 253, Hervorh. i.O.), inszenieren es wortmächtig und euphorisch, womit ihre vormalis erhobenen moralischen Forderungen nunmehr als erfüllt betrachtet werden können. Damit stabilisieren sie die entsprechende Deutungshoheit über die Ereignisse. Wiederum lenkt *viertens* ein derartiger Fokus auf die Bewegung, die das Land erfasst, die Aufmerksamkeit auf die Situation der Nation, auf die Empathie ihrer Bevölkerung, aber nur sekundär und distanziert auf die Lebensumstände der Geflüchteten. Selbst da, wo in Nuce jene Willkommenskultur an der Basis recherchiert und dokumentiert wird, gleitet die Berichterstattung in eine typologisierende Performance ab, durch die – ähnlich der Stilisierung von Ailan Kurdi – *die* Geflüchteten repräsentiert werden sollen, was aber der differenzierten Wirklichkeit der Tausenden von Geflüchteten nicht gerecht wird.

Wenn nun durch diese doppelte Angleichung des Erzählstoffs, sowohl durch das Narrativ der vermeintlich geschlossenen Willkommensmobilisierung der Nation als auch durch die Passauer Reportage, die das Geschehen der Flucht in eine Art von Heiligengeschichte transformiert, die beanspruchte »Wahrheit« über die Ereignisse in Szene gesetzt wird, dann ist ein solches Narrativ äußerst fragil. Zum einen sollte es eine nur kurze Halbwertszeit haben angesichts der weiterhin aggressiven und flüchtlingsfeindlichen Aktivitäten derer, die jenem Narrativ von Deutschland als Land des Willkommens lautstark den Rang absprachen. Und zum anderen: Wenn diese typisierende Konstruktion der Figur des Flüchtlings wie in Passau als das Begründungsmuster für die humanitäre Verpflichtung zur Willkommenskultur aufgebaut wird, dann konnte von dieser Verpflichtung mit nur wenigen desillusionierenden Gegengeschichten entbunden werden. Und diese Gegengeschichten waren naheliegend, denn es gehört nun einmal zur Realität, dass nicht alle, die auf der Flucht sind, von tiefer, devoter Religiosität getrieben sind, nicht alle derart bittstellend auftreten, mit kleinen zu

umsorgenden Kindern ankommen, nicht alle traumatisiert, mit Wunden übersät, wissbegierig und intelligent sind und auch nicht alle für das Problem des deutschen Fachkräftemangels eine Lösung bieten.

Und dennoch gelten für alle, unabhängig von der Ehrenhaftigkeit ihrer Sekundärtugenden, der Tiefe ihrer Religiosität oder ihrer passgenauen Verwertbarkeit für den deutschen Arbeitsmarkt das Grundrecht auf Asyl und die Genfer Flüchtlingskonvention. Diese greifen auch jenseits der Höhe des gesellschaftlichen Grades der Akzeptanz, um die letztlich auch dieser Artikel über Passau engagiert wirbt. Nur tut er das, indem er sowohl die auf in Erscheinung tretenden Geflüchteten als auch die handelnden Personen der ortsansässigen Bevölkerung literarisch kunstvoll stilisiert. Diese Art der medialen Inszenierung der Bedingungen und Realitäten einer lebendigen »Willkommenskultur«, so engagiert sie im Interesse der Geflüchteten auch sein mag, birgt zugleich Gründe dafür, warum ihr schon wenige Wochen später und nicht erst seit den Silvesterereignissen an der Kölner Domplatte Naivität, Blindheit und Fantasterei bescheinigt wurden. Diese Destruktion der »Willkommenskultur« galt aber nicht der realen Bewegung der Flüchtlingssolidarität, die, wie schon Bade betonte, sowohl von kirchlichen, antirassistischen und karitativen Gruppen als auch von »Teile[n] der Linken« getragen und die anhaltend und teilweise auch schon jahrelang engagiert war (Huke 2019: 396). Nicht sie wurde diffamiert, sondern ein komplexitätsreduziertes, mediales Produkt, das niemals deckungsgleich mit der Realität war. Die unterstellte Naivität einer derartig konstruierten Willkommenskultur wurde in Gestalt des nun angesagten nüchternen »Realismus« pseudofaktisch entlarvt.

3.4 Rechtsbruch und »Willkommenstrance« – zur Transformation eines Narrativs

Was an dem Narrativ der Willkommenskultur, das von Coen und Sußebach Mitte August rings um Passau kleinteilig aufbereitet wurde, späterhin substanziell haften blieb, war nicht nur die Konnotation gastfreundschaftlicher Zuwendung und großzügiger Herzlichkeit, wie

sie dieser Artikel vermittelt. Die Willkommenskultur ist bis heute im kollektiven Gedächtnis durch die konkrete Visualisierung der Begegnung von helfenden Menschen mit ebenso dankbaren wie gerührten Geflüchteten am Münchener Hauptbahnhof verankert. An jenem ersten Septemberwochenende 2015 kamen etwa 20.000 Geflüchtete über Ungarn und Österreich mit Zügen über die Grenze nach München. Ihre Ankunft war das Ergebnis eines komplizierten politischen Aushandlungsprozesses mit der ungarischen Regierung von Victor Orbán, dem österreichischen Bundeskanzler Faymann und der deutschen Kanzlerin (vgl. Was geschah wirklich? ZEIT ONLINE, 2016; Alexander 2017: 55ff.). Seit Tagen hatte die ungarische Regierung Tausende von Geflüchteten, überwiegend aus Syrien und Afghanistan, am Bahnhof in Budapest wie auch der kleinen Stadt Bicske festgehalten. Sie wurden weder registriert noch wurde ihnen die Weiterfahrt nach Österreich gestattet. Daraufhin machte sich ein Treck von »mehr als zweitausend Menschen« zu Fuß auf den Weg an die österreichische Grenze (Was geschah wirklich? ZEIT ONLINE, 2016). Die ungarische Regierung gab nach und ließ sie in Abstimmung mit Faymann und Merkel mit Bussen an die österreichische Grenze bringen, von wo aus sie mit Zügen über Wien und Salzburg nach München geleitet wurden. Am Hauptbahnhof München empfingen sie seit dem Mittag des 5. Septembers Hunderte, wenn nicht gar Tausende von Helferinnen und Helfern warmherzig mit Applaus und willkommen heißenden Transparenten, mit Verpflegung, Decken, Kinderspielzeug und vielem mehr. Diese Szenen der Begegnung wurden besonders sinnbildlich für das Verständnis von Willkommenskultur, und fortan bot »München« mit den über die Fernsehkanäle verdichtet gesendeten Bildern das visualisierte Framing dieses Begriffs. Ob die Berichterstattung zur Willkommenskultur mahnende, skeptische, euphorische oder auch ironisierende Töne anschlagen sollte – ihre Bezüge zum Thema rufen bis heute immer wieder diese Bilder wach, so auch in der ZEIT.

Unter dem Titel »Willkommen! Und jetzt?« erscheint bereits eine Woche später ein von insgesamt vierzehn Redakteurinnen und Redakteuren verantworteter Artikel, der sich kritisch mit der europäisch uneinheitlich und konfus praktizierten Flüchtlingspolitik

auseinandersetzt und für eine europäisch einheitliche Bewältigung der Flüchtlingsherausforderung plädiert. Das »Willkommen« wird hier eingangs skizziert als ein via Internet vermitteltes Potpourri von Bildern, durch das auch in den libanesischen und türkischen Flüchtlingslagern »die bewegenden Szenen vom Münchner Hauptbahnhof« gesehen werden, »die klatschenden Helfer, die Ankommenden, denen Obst gereicht wird, die Kinder, denen man Teddybären schenkt« (Willkommen! Und jetzt?, 2015). In einem, wenige Tage zuvor erschienenen, Beitrag, der die Reaktion der ausländischen Medien unter dem Titel »Deutschland ist eine moralische Autorität« subsumiert, wird gespiegelt, dass das Framing der Bahnhofsszenerie zur Visualisierung des Begriffs Willkommenskultur auch in der internationalen Presse Einzug gehalten hat. Dort werde die »deutsche Zivilgesellschaft« dafür gelobt, dass »Tausende Helfer [...] die Menschen« empfangen haben. Der Guardian betone unter dem Stichwort Willkommenskultur, dass »die Bürger« eingesprungen seien für eine Politik, die nur rede. Die New York Times lobe dieses »zivilgesellschaftliche Engagement«, mit dem »Deutsche [...] Willkommensplakate auf Deutsch, Englisch und Arabisch zum Bahnhof« getragen haben (Deutschland ist eine, 2015). Unter der Rubrik Willkommenskultur bilanziert noch ein Jahr später, am 5. September 2016, der Journalist Ferdinand Otto in ZEIT ONLINE: »Vor einem Jahr wärmte sich Deutschland an den Bildern vom Münchner Hauptbahnhof.« Der Artikel setzt ein mit den Bildern der Willkommenskultur, die weiter »lebt«: »Polizisten halten Kleinkinder auf dem Arm, Passanten applaudieren erschöpften Flüchtlingen, [...] Helfer verteilen Wasserflaschen, München sammelt binnen Stunden einen Jahresvorrat Windeln, Deorollern (sic!) und Bananen.« (Illusionslos, 2016) Im Dezember 2015 verteidigt Bernd Ulrich die »von unten kommende Willkommenskultur« gegen den in den ausländischen Medien erhobenen Vorwurf, Deutschland wolle sich damit nur von einem »schweren Schuldkomplex« angesichts des Holocaust befreien. Stattdessen hätten »Abertausende Deutsche etwas ganz Schlichtes« getan: »Sie gaben den Menschen, die da plötzlich in ihren Vorgärten standen, Wasser und Wurstsemmeln (ohne Schwein).« (Wir sind seltsam, 2015) Auch wenn hier zur Veranschaulichung der Willkommenskultur nicht

das Beispiel des Münchner Bahnhofs gewählt wird, bleibt es doch bei diesem reduktionistischen Bild der zwischenmenschlich helfenden Geste, die, so Ulrich, schließlich »durch die Kanzlerin offizielle Politik wurde« (ebd.).

Mit diesem Halbsatz deutet sich ein *kombinatorisches Element* an, das die Kanzlerin und jene am Bahnhof oder im Vorgarten bereitwillig und herzlich Gebenden unter dem Stichwort »Willkommenskultur« als Einheit assoziiert. »Wir schaffen das, sagt Angela Merkel. Wir schaffen das, sagen die Helfer an den Hauptbahnhöfen«, so lautet eine weitere Variante dieser zunächst auch international bejubelten moralischen Einheit, auch wenn in diesem Fall skeptisch ergänzt wird: »Aber schaffen wir das auch?« (Willkommen! Und jetzt?, 2015) Mit den vom Hauptbahnhof München gesendeten Bildern von Geflüchteten mit hochgehaltenen Transparenten und mit Dankesworten an Merkel wird medial eine Brücke des »Schaffens« gezimmert. Die die Ankömmlinge in München bejubelnden Helfer und Helferinnen werden zu einer Art politischem Vitalitätsbeweis, der belegt, dass »wir«, dass »Deutschland« als »moralische Autorität« das »schafft« und damit Merkel im Recht ist. Aber es gilt eben auch das Umgekehrte: Die Diskreditierung dieser Szenerie am Münchner Hauptbahnhof bildet auch ein Medium der politischen Angriffsdiplomatie gegen die Kanzlerin. Anders gesagt: Die Verbindung von Merkels Satz auf der Sommerpressekonferenz mit ihrer – im Übrigen mit Vizekanzler Gabriel, Außenminister Steinmeier und Kanzleramtschef Altmaier abgestimmten – Entscheidung vom 4. September, die Grenzen nicht zu schließen (vgl. Detjen/Steinbeis 2019: 62f.; Alexander 2017: 56ff.), verschmilzt narrativ mit den helfenden Gesten am Münchner Bahnhof, um den Begriff der »Willkommenskultur« inhaltlich zu füllen. Voraussetzung dafür ist eine auf Merkel zugespitzte Personalisierung der Flüchtlingspolitik in dem Sinne, dass sie ihre solitäre, wenn nicht gar eigenmächtige Handschrift trägt. Diese possessive Zuschreibung als »Merkels Flüchtlingspolitik« oder auch »Merkels Grenzöffnung« (Was geschah wirklich? ZEIT ONLINE, 2016) wurde dadurch befördert und negativ konnotiert, dass der CSU-Vorsitzende Seehofer, der sich weder in den Abwägungsprozess der Entscheidung vom 4. auf den 5. September einbeziehen ließ noch telefonisch oder über sei-

ne Personenschützer erreichbar war, bereits am Tag darauf von einem »Fehler« Merkels« sprach, worauf Der Spiegel ihn mit den Worten zitiert, »der Fehler Merkels werde uns noch lange beschäftigen« (Detjen/Steinbeis 2019: 63). Was genau dieser Fehler gewesen sein soll, wurde auch in der ZEIT nicht erläutert. Fortan aber sollte die erzählerische Variante der Begebenheit greifen, die die aus »humanitäre[n] Motive[n]« wie auch aus »rechtliche[n] Erwägung[en]« im Rahmen politischer Abstimmung getroffene Entscheidung, die Grenzen *nicht zu schließen* (ebd.: 61), ummünzte in Merkels solitäre Entscheidung, die *Grenze zu öffnen*. Bemerkenswert ist, dass die in der Regel akribisch detaillierte Nachzeichnung der Ereignisse durch den Polit-Journalisten Robin Alexander eine derart unsachgemäße Zuspitzung des Sachverhalts erfährt:

»Tatsächlich wird Merkel an diesem Tag eine Richtungsentscheidung für die Bundesrepublik treffen, die vielleicht mit Konrad Adenauers Westbindung, der Ostpolitik Willy Brandts oder der entschlossenen Wiedervereinigung unter Helmut Kohl vergleichbar ist. Die bedingungslose Grenzöffnung wird die soziale und ethnische Struktur der deutschen Bevölkerung nachhaltig verändern, sie wird das Parteiensystem der Bundesrepublik revolutionieren, das Land in Europa zeitweise isolieren und zu dramatischen politischen Verwerfungen in den Nachbarstaaten beitragen. Merkel hat Gründe, so zu handeln, wie sie handelt. Aber keine Bundestagsdebatte, kein Kabinettsbeschluss, kein Parteitag und kein Wahlsieg hat legitimiert, was an diesem 4. September seinen Anfang nimmt. [...] Eigentlich ist jetzt klar: Das ist ein historischer Moment. Die Entscheidungen, die nun getroffen werden, haben Folgen für das Selbstverständnis eines ganzen Kontinents.« (Alexander 2017: 51ff.)

Hier wird das Bild einer Kanzlerin konstruiert, die im Alleingang, ohne politische Abstimmung und Legitimation eine nur mit historischen Großereignissen vergleichbare »Richtungsentscheidung« getroffen hat: Die »bedingungslose Grenzöffnung«. Dass die Kanzlerin, nicht nur regierungintern, sondern auch mit dem österreichischen Kanzler Werner Faymann abgestimmt entschied, die »aus Budapest Richtung Westen Flüchtenden in Deutschland aufzunehmen«, war »nie eine

Entscheidung darüber, die Grenzen zu öffnen. Die Grenzen waren ja offen.« (Detjen/Steinbeis 2019: 61) Ganz abgesehen davon, dass es für diese Entscheidung durchaus europapolitische und wirtschaftliche Gründe gab. Merkel erklärte selbst bei »Anne Will« am 28. Februar 2016, wie sehr ihre Entscheidung auch von dem Willen getragen war, »die ›Erhaltung des Schengensystems‹ zu betreiben, damit der wirtschaftlich für Europa so wichtige, freie Warenverkehr garantiert blieb (Goeßmann 2019: 50). Der US-amerikanische Philanthrop und finanzstarke Investor George Soros erklärte entsprechend im Januar 2016 in der WirtschaftsWoche: »Auch in der Flüchtlingskrise hat Merkel früh erkannt, dass die EU zerreißen könnte – indem erst die freien Grenzen des Schengen-Abkommens in Gefahr geraten und schließlich der freie Binnenmarkt.« (»Europa?«, 2016) Deutliche Unterstützung erhielt Merkel zudem von den deutschen Wirtschaftsverbänden. In ihrer gemeinsamen Erklärung forderten diese, dass Merkel »an ihrem Kurs für offene Grenzen« festhalten solle und warnten »vor den Folgen der Grenzschließung« (»Wenn Merkel«, 2016). Denn, so der Außenhandelspräsident Anton Börner, wenn »sie nachgibt, bricht uns die Europäische Union auseinander« (ebd.). Aber diese Koalition bröckelte bereits Mitte November 2015. Es wurden insbesondere Stimmen des unternehmerischen Mittelstandes laut, die es für »blauäugig« hielten, zu denken, dass »Flüchtlinge unser Fachkräfteproblem lösen«. Vielmehr müsse die Regierung den »weiteren unkontrollierten Zustrom begrenzen« (Die Bosse, 2015). David Goeßmann hat deutlich darauf hingewiesen, dass das unterstützende Plädoyer der Wirtschaftslobby nur vermeintlich flüchtlingsfreundlich zu verstehen war. Spätestens, als der Türkei-Deal im Frühjahr 2016 in Aussicht stand und die Gefahr, dass der Schengenraum durch weiteren Zuzug von Geflüchteten torpediert würde, gebannt schien, wendete sich das Blatt vollständig. Die »Präsidenten der deutschen und französischen Arbeitgeber- und Industrieverbände« forderten nun ein, dass »der Zustrom in EU-Mitgliedsstaaten wieder unter Kontrolle gebracht und spürbar reduziert werden« müsse. Der Türkei-Deal »werde dazu beitragen, die Wanderungsbewegung endlich besser steuern zu können«. Wenn man auch mithilfe von Frontex »im EU-Verbund« erfolgreich sei, dann »gewinnen

wir nach innen wie nach außen das notwendige Vertrauen in die europäische Staatsgemeinschaft zurück» (Goeßmann 2019: 51, Hervorh. i.O.). Goeßmann resümiert:

»Mit den ›Refugee Welcome‹-Fahne noch in der Hand stellte sich die Business-Klasse an die Spitze des verschärften Neuaufbaus des EU-Abschottungsregimes unter Führung der Merkel-Regierung. [...] In der breiten Öffentlichkeit und selbst in linken Debatten wurde jedoch immer wieder der Mythos evoziert, dass die ›humane Flüchtlingsaufnahme‹ ein Industrieverbands- und Elitenprojekt gewesen sei, das den Unterschichten gegen ihren Willen aufgedrückt worden sei, ohne ihre Sorgen, Interessen und Bedürfnisse zu berücksichtigen. [...] Doch in der Realität betrieben Unternehmensverbände zu keinem Zeitpunkt Lobbyarbeit, [...] um das Abschottungssystem der EU unter Leitung des Kanzleramts gegen Flüchtlinge zu lockern oder gar abzuschaffen.« (Ebd.: 51f.)

Im öffentlichen Diskurs bildete sich, trotz dieses wirtschaftspolitisch motivierten Aspekts von Merkels Entscheidung und trotz dessen, dass die Behauptung eines rechtsbrüchigen Vorgangs substanziell nicht belegbar war, eine prägende Linie aus, die diese Entscheidung für die Aufnahme überwiegend syrischer Geflüchteter aus Budapest wie auch die folgenden Monate der Flüchtlingspolitik insgesamt als einen aus humanitären Gründen vollzogenen Rechtsbruch in den Raum stellte. Diese doppelt verzerrende Diffamierung der Flüchtlingspolitik als eine illegale und zudem humanitär übermotivierte erreichte ihren politischen Höhepunkt mit der Äußerung des CSU-Vorsitzenden Seehofer im Februar 2016 gegenüber der Passauer Neuen Presse, es handle sich bei der Politik Merkels um eine »Herrschaft des Unrechts« (Seehofer attackiert, 2016). Der Begriff war keine Erfindung des bayerischen Ministerpräsidenten. Sein Schöpfer, der Kölner Privat-Dozent Ulrich Vosgerau, der »in der Fachwelt [...] als exzentrischer und ideologisch überdrehter Außenseiter« galt (Detjen/Steinbeis 2019: 28), hatte mit dieser Begriffskombination bereits im Dezember 2015 im Polit-Magazin Cicero einen die Berliner Flüchtlingspolitik diffamierenden Artikel überschrieben, der ihm »ungewohntes Gehör« verschaffen sollte (ebd.). Pro-

grammatisch eröffnet er seinen Artikel mit dem Satz: »An der Grenze zwischen Bayern und Österreich findet seit Wochen ein staatlich initiiertes Rechtsbruch statt.« (Vosgerau 2015: 93) Weder die These Vosgeraus, der im September 2018 von der AfD als »Prozessvertreter für ihre Klage vor dem Bundesverfassungsgericht« auftrat, noch die darauf Bezug nehmende Behauptung Seehofers wurden auf dem Rechtsweg jemals als rechtmäßig belegt (Detjen/Steinbeis 2019: 29). Im Gegenteil, die Klage der AfD »gegen die Flüchtlingspolitik von Angelika Merkel« und ihre Entscheidung, die »Grenze von Österreich nach Deutschland für Flüchtlinge offen zu halten und die Menschen nicht abzuweisen« (AfD scheitert, 2018), scheiterte bereits Ende 2018 an der ersten Hürde und wurde vom Bundesverfassungsgericht als »unzulässig« abgewiesen (Detjen/Steinbeis 2019: 163). Das alles änderte aber nichts daran, dass die Unterstellung des Rechtsbruchs politisch, teilweise auch in den Reihen der CDU, kultiviert wurde. In diesem Sinne erklärte der CDU-Innenpolitiker Wolfgang Bosbach, er empfehle die Lektüre des Cicero-Artikels von Vosgerau über die »Herrschaft des Unrechts« (ebd.: 28). Macht man sich klar, welchem Geist diese Formulierung entspringt, dass sie zudem hartnäckig in den politischen und journalistischen Jargon eingeflossen und »aus dem Munde von Horst Seehofer zur Tatsachenbehauptung in der breiten Öffentlichkeit geworden« ist (ebd.), verwundert es, dass die ZEIT in ihrem Artikel vom 9. Februar 2016 unkommentiert und im Sinne eines reinen Indexing zum Sprachrohr Seehofers wird, wenn sie titulierte: »Seehofer attackiert Merckels Politik als ›Herrschaft des Unrechts‹« (Seehofer attackiert, 2016). Es fehlt jeglicher Hinweis auf die Genese dieses Begriffspaares, seine fragwürdige Verwendung und parteipolitische Instrumentalisierung, geschweige denn eine substantiell rechtliche Bewertung seiner Legitimität. Detjen und Steinbeis, die in dieser Debatte auch einen »Testfall für die Fähigkeit der Medien« sehen, »einen Diskursraum herzustellen, in dem sich die Gesellschaft über rechtliche Grundlagen ihres Gemeinwesens verständigen kann« (Detjen/Steinbeis 2019: 176), bilanzieren diesbezüglich:

»So konnte der Vorwurf des Rechtsbruchs und die These von der ›Herrschaft des Unrechts‹ ihr Eigenleben in den Nischen der Medienland-

schaft entfalten und dort weitgehend unbehelligt von Widerspruch gedeihen.« (Ebd.: 185)

Das Schlagwort der Willkommenskultur hat damit insgesamt eine verzerrte und auch medial transportierte Konturierung erfahren. Merkels Diktum »wir schaffen das« wie auch die visualisierende Redewendung von »Merkels Grenzöffnung« (als habe sie eigenhändig einen Grenzpfahl an die Seite geschoben) sind dabei zu einem Narrativ von einer illegitim, rechtsbrüchig handelnden und von Humanitätsimpulsen inspirierten Kanzlerin verschmolzen, deren Basisrückhalt eine naive Gruppe von flüchtlingsfreundlichen Gutmenschen bildet. Dieses durch die vermeintlich rein humanitär geleitete Entscheidung der Kanzlerin in Verbindung mit der Begrüßungsszenerie am Münchner Bahnhof gestaltete Bild von der »Willkommenskultur« ist zunächst auch international so verbunden goutiert worden und hat eine entsprechende moralische Aufwertung erfahren. Die Deutschen trugen Willkommensplakate und »Merkel habe nun die moralische Führung in Europa inne«, meinte etwa die New York Times noch Anfang September (Deutschland ist eine, 2015). Aber ebenso galt auch eine Art narrative Haftungsgemeinschaft: Der »Vorwurf des Rechtsbruchs« hinsichtlich der Entscheidung am 4. September, der »zu einem Topos des politischen Diskurses« erhoben wurde (Detjen/Steinbeis 2019: 224), beschädigte den Ruf der Basisbewegung derer, die in der Flüchtlingshilfe aktiv sind, übrigens auch viele NGOs der Seenotrettung, denen infam unterstellt wurde, »mit den Schleppern zusammenzuarbeiten« (Meier-Braun 2018: 41). Umgekehrt implizierte die teils süffisant eingebrachte Kritik an der Szenerie am Münchner Hauptbahnhof mindestens subkutan eine Kritik an der Kanzlerin. Dass beide Aspekte der derart konstruierten Willkommenskultur teilweise medial diskreditierend verschmelzen konnten, belegt die Rede von der kollektiven »Willkommenstrance«, die das Magazin Cicero noch im Juli 2017 mit einem Selfie von Merkel mit einem Flüchtling bebildert (Die Erfindung, 2017). Ein Bild, das die Kanzlerin zum prominenten Mitglied der bürgerlichen Willkommensbewegung stilisiert und mit dieser in den pathologischen und unberechenbaren Gemütszustand einer »Willkommenstrance« vereint sieht (ebd.).

Anstatt das Engagement von zeitweilig gut sechs Millionen in der Flüchtlingshilfe aktiven Menschen als politisches Faktum zu würdigen und diese Botschaft zu transportieren, entstand eine neue, medial dis-kreditierende Variante, der »Willkommenskultur« eine Entropie ihres Engagements zu unterstellen. Es entstand das Narrativ einer in der Bevölkerung eingetretenen, »gekippten Stimmung«. Das Echo dieser Botschaft verbreitete sich schnell, was aber die Referenz und Belegbarkeit dieses Stimmungsumschwungs anbelangt, blieben auch in der ZEIT substanzielle Begründungen absent.

Schon am 8. Oktober 2015 konstatierte Bernd Ulrich in der ZEIT, es ändere sich etwas »in Flüchtlingsdeutschland«, »eine andere Stimmung« mache sich breit, die allerdings unter »galoppierendem Realitätsverlust« leide und aus »Angst« vor dem »Zustrom von jährlich einer Millionen« Menschen »panische Züge« trage (Naivität des Bösen, 2015). Was er nun unter dem sich ändernden »Flüchtlingsdeutschland« versteht, ob er die Stimmung im »Volk« meint oder nur auf parteipolitische Distanzbewegungen zur Grenzpolitik der Kanzlerin anspielt, erschließt sich nicht. Jedenfalls goutiert er in keiner Weise das breite zivilgesellschaftliche Engagement der Flüchtlingshilfe, das zu dieser Zeit eine exorbitante Mobilisierung erfahren hatte (vgl. Ahrens 2017). Offenbar in Anspielung auf die vermeintlich spontane Naivität der »Willkommenskultur«, auf die »Kuscheltiere und Süßigkeiten«, den »Applaus am Bahnhof«, aber auch auf den »Glückstaumel der Medien« meint auch die ZEIT-Redakteurin Nina Pauer nur eine Woche später bilanzieren zu können: »Es kippt«, gemeint sei die »Abwärtskurve der Stimmung«, das »Umschwenken derer, die eben noch so großzügig ihre Herzen und Kleiderschränke öffneten, um den neu in Deutschland angekommenen Menschen zu helfen« (Ich und, 2015: 47). Ihre »Enttäuschung« sei es, die nun »die Willkommenskultur in sich zusammensinken lassen könnte wie eine luftlose Hüpfburg« (ebd.). Die »Selfies aus der Kleiderkammer und mit dem Flüchtling« hätten im Dienst einer »Performance« gestanden, die belegte, »endlich einmal ganz eindeutig zu den Guten zu gehören«, aber inzwischen herrsche eine »narzisstische Kränkung« vor, die daraus resultiere, dass »die Flüchtlinge nun, nach den ersten großen und glücklichen Aufnahmewellen, immer noch da sind«. Jetzt be-

ginnen Geflüchtete »hier zu leben«, und das verursache eine »schlichte Entrüstung [...] darüber, dass der Flüchtling nun zum Akteur wird und Facetten zeigt, die dem hellen Deutschland zu dunkel werden könnten« (ebd.). Auf welchen Fakten diese sozialpsychologische »Diagnose« beruht, bleibt verborgen. Die Diskreditierung des zivilgesellschaftlichen Engagements, deren Aktivistinnen und Aktivisten eine narzisstische Motivlage und ein Selbstdarstellungsdrang als »Gutmenschen« unterstellt wird, erfolgt im Modus der puren Behauptung.

Der Begriff wurde das »Unwort des Jahres« 2015, weil mit ihm, wie die »Jury aus sechs Sprachexperten« verlauten ließ, »Toleranz und Hilfsbereitschaft pauschal als naiv, dumm und weltfremd, als Helfersyndrom oder moralischer Imperialismus diffamiert« würden (Gutmensch, 2016). Aber der Begriff passt zu der auch medial gestützten Tendenz, der »Willkommenskultur« eine naive und zugleich fragile Konsistenz zuzuschreiben. Sie wurde erzählerisch – verkürzt formuliert – reduziert auf die Insignien der gastfreundlichen Gabe von fleischlosen Semmeln und den Begrüßungsapplaus am Münchner Bahnhof, birgt also schon in der medial konstruierten Anlage das Moment des Vergänglichen, des euphorischen Versiegens, des frustrierten Stimmungsumschwungs. Insofern könnte man diese Suggestion des Stimmungsumschwungs auch als einen journalistischen Zirkelschluss bezeichnen, der nur begräbt, was schon latent für tot erklärt worden war. Unscharf ist auch die Trennung zwischen der allgemeinen Stimmungslage, die gekippt sei, und dem zivilgesellschaftlichen Engagement, das sich aufgrund narzisstischer Kränkung im Abwind befände. Das Sozialwissenschaftliche Institut der EKD hat in einer 2017 veröffentlichten Studie beide Aspekte deutlich relativiert oder gar widerlegt. So sei die Stimmung keineswegs »gekippt«, vielmehr sei die Meinung darüber, ob Deutschland die mit der Flüchtlingssituation »verbundenen Herausforderungen bewältigen wird«, bereits im Spätherbst 2015 geteilt gewesen, aber diese Stimmungslage habe sich bis zum August 2016 konstant gehalten (Ahrens 2017: 6). David Goeßmann verweist darüber hinaus auf eine Reihe, teils internationaler Studien, die allesamt zu dem Ergebnis kommen, »dass eine große Mehrheit der Deutschen während der dreijährigen ›Krisenphase‹ die Aufnahme

von Flüchtlingen weiter unterstützte« (Goeßmann 2019: 321). Auch für die EU sei eine breite Bereitschaft und Zustimmung erkennbar, »Flüchtlinge zu versorgen«. Unter den 27.000 Befragten aus 27 Ländern erklärten vier Fünftel, dass sie Geflüchtete willkommen heißen, allerdings, so Goeßmann, seien diese Befunde in der Berichterstattung »komplett ausgeblendet« (ebd.: 322f.). Was nun die Zahl der konstant in der Flüchtlingshilfe Aktiven anbelangt, ist das Engagement nicht zurückgegangen, sondern gewachsen. Ohne Geld- und Sachspenden zu berücksichtigen, waren im November 2015 »7,3 Prozent der Bevölkerung [...] engagiert, im Mai 2016 8,7 Prozent« (Ahrens 2017: 7). Die EKD-Studie resümiert: »Die Ereignisse unterstreichen, dass das beeindruckende Engagement der Bevölkerung keineswegs als Strohfeuer einer nur anfänglichen ›Willkommenskultur‹ zu betrachten ist.« (Ebd.) Das Institut für Demoskopie Allensbach schätzt in ihrer im November 2017 veröffentlichten Engagement-Studie die Quote der »Bevölkerung, die sich derzeit an der aktiven Flüchtlingshilfe beteiligen« sogar auf 11 Prozent. Davon wollen, so die Studie, »die meisten ihr Engagement [...] auch in den nächsten Jahren fortsetzen« (Bundesministerium für Familien 2017: 9).

In ZEIT und ZEIT ONLINE kam die Flüchtlingshilfeszene kaum zu Wort. Da, wo die Perspektive gewählt wird, erhält sie ein eigenartig lanciertes Framing. Mit den anmoderierenden Worten »Die große Euphorie ist vorbei« und »Was ist aus den Helfern des Sommers geworden?«, konfiguriert die Redakteurin Sarah Ley Mitte Oktober 2015 das Bild einer vom Engagement ernüchterten Community von Helferinnen und Helfern: Es sei wohl eher »hip« gewesen, »Flüchtlingen zu helfen«, und »viele Leute« hätten wohl nur »wegen des gesellschaftlichen Ansehens geholfen« (Es geht weiter, 2015). Die Referenz dieser Botschaft setzt sich gerade einmal aus vier Voten zusammen! Zu bilanzieren ist, dass jenes »beeindruckende Engagement« der Flüchtlingsolidarität in der deutschen Presselandschaft, nicht nur in der ZEIT, deutlich unterdimensioniert, wenn nicht gänzlich unerwähnt blieb. Eine ausführliche journalistische Aufbereitung dieser Seite der Wirklichkeit, die wenigstens einige empirische Analysen zur Flüchtlingshilfebewegung berücksichtigt hätte (vgl. Mutz et al. 2015), war offenbar zu diskurssperrig

angesichts der dominanten und möglicherweise viel attraktiveren Berichte über die politische Streitkultur. Dennoch existierte und existiert bis heute auch jenseits des Diskurses dieses Engagement, worauf noch näher einzugehen sein wird.

Die Kritik an der »Willkommenskultur« kam durchaus auch im prominenten Gewand daher. Robin Alexanders ironische Lesart der Ereignisse verrät schon die Überschrift des diesbezüglichen Kapitels: »Deutscher Rausch« (Alexander 2017: 63). In München seien die Helfer und Jubelnden »die eigentliche Sensation« gewesen, sie verursachten in ihrer überschwänglichen Art logistische Probleme, denn »am Bahnhof stapeln sich Kuscheeltiere und Spielzeug« (ebd.). Sie seien in einer geradezu euphorisierten Stimmung, sie »rufen, winken, viele weinen, einige tanzen«, während die Ankommenden »von den Strapazen der Reise gezeichnet sind« (ebd.). Es gelte wohl: »Die Deutschen sind von sich selbst überrascht.« (Ebd.: 64) Dieser Passus, der der Helferszene in München infantile Züge, eine Art Masseneuphorie und altruistische Überreaktion bescheinigt, steht bezüglich der diskreditierenden Note nicht isoliert in den Reihen der Kommentierungen und Nachbetrachtungen. Im April 2018 veröffentlichte die ZEIT unkommentiert die gekürzte Fassung einer Vorlesung, die Alt-Bundespräsident Joachim Gauck an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf gehalten hatte. Für Gauck hat die Willkommenskultur »an Glanz verloren«, denn »was gut gemeint« und »von hohen moralischen Idealen« getragen war, habe sich »vielfach als naiv erwiesen« (ebd.), denn, so erklärt er in seinem ein Jahr später publizierten Buch: Der »Flüchtling als Opfer galt per se als guter Mensch« (Gauck 2019: 66). Diese Naivität erkenne man daran, dass nicht jeder Flüchtling »integer« geblieben sei, die Kriminalitätsrate von »Ausländern [...] erheblich über deren Anteil an der Bevölkerung« liege und sich vereinzelt »auch Terroristen unter den Asylbewerber« verbargen (Gauck 2018). Die Aussagen Gaucks zur Kriminalstatistik von »Ausländern« sind unseriös, weil statistisch nicht gesichert erfassbar. Ende 2016 hatte schon das Bundeskriminalamt über seine eigene Statistik erklärt, sie ließen »keine vergleichende Bewertung der Kriminalitätsbelastung von Deutschen und Nichtdeutschen zu« (Wenn man, 2016). Was allerdings die allgemeine mediale Berichterstattung anbelangt, so

zeichnet sie ein verzerrtes Bild, wie der Medienwissenschaftler Thomas Hestermann in einer seiner Studien belegt hat: »Während die Polizei 2018 mehr als doppelt so viele deutsche wie ausländische Tatverdächtige erfasste, kommen in Fernsehberichten mehr als 8 und in Zeitungsberichten mehr als 14 ausländische Tatverdächtige auf einen deutschen Tatverdächtigen.« (Hestermann 2019: 2) Das argumentative Muster von Gauck repräsentiert das Narrativ der Willkommenskultur, wie es sich weitgehend durchgesetzt hat: Die Jubelnden und alle, die sich dazu zählen, seien eine Gruppe naiver, gutgläubiger, aber letztlich doch realitätsverblendeter Zeitgenossinnen und Zeitgenossen. Aber nicht nur sie, sondern die Flüchtlingspolitik insgesamt, seien inzwischen angesichts »der beschränkten Aufnahme- und Integrationsfähigkeit des Staates« (Gauck 2018) delegitimiert durch die Faktenlage menschlicher Unzulänglichkeit, krimineller Handlungen oder gar terroristischer Subjekte unter den Ankömmlingen. Mit dieser Argumentation drückt der Alt-Bundespräsident mit durchaus gewichtiger Stimme aus einem zeitlichen Abstand von knapp drei Jahren der Willkommenskultur den Stempel des Scheiterns auf. Aber schon zwei Jahre zuvor wurde diesem Narrativ von prominenter Seite das Totenlied gesungen: CSU-Chef Seehofer erklärte im Mai 2016, »das Ende der Willkommenskultur sei notariell besiegelt« (Bayern verzichtet, 2016). Die ZEIT rezitierte damit ohne eine weitere kritische Kommentierung Worte aus einem Interview mit der Süddeutschen Zeitung. Seehofer gab dieses Interview anlässlich der Vereinbarung der bayerischen Landesregierung mit dem Bund, »die Kontrollen an der deutsch-österreichischen Grenze so lange« weiter durchzuführen, »bis der Schutz der EU-Außengrenze besser funktioniert«. Es ist bezeichnend für die Verflechtung von Merkel mit der Willkommenskultur, dass die CSU diese notarielle Besiegelung auch als einen »Sieg über die Bundeskanzlerin« wertete (ebd.).

Das daraus resultierende Narrativ des Scheiterns wurde im Laufe der Jahre multivariant konstruiert. Merkel selbst hatte dieses Scheitern bereits indirekt auf dem CDU-Parteitag 2016 angedeutet, indem sie erklärte: »Eine Situation wie die des Sommers 2015 kann, soll und darf sich nicht wiederholen.« (Meier-Braun 2018: 138) Noch im Jahr 2018 sollte der Rückgriff auf die Flüchtlingspolitik mit dem symbolischen Jahr

2015 eine prominente und politisierbare Rolle spielen. Die Diskussion nach der Erklärung Merkels, nicht mehr als CDU-Vorsitzende anzutreten, ist dafür ein Beleg. Die internationalen Reaktionen auf diesen Rückzug vom Parteivorsitz fanden eine Reihe von würdigenden Worten für die Kanzlerin, aber eben auch bilanzierende Kritik. Sie »habe mit ihrem Ja zur Öffnung der Grenzen in der Flüchtlingskrise entscheidend zur Spaltung der Gesellschaft und Politik Europas beigetragen« (Das war ein, 2018). Auch ihre Nachfolgerin im Parteivorsitz, Kramp-Karrenbauer, meinte perspektivisch ansagen zu müssen, man müsse »alles daransetzen, dass sich so etwas wie 2015 nicht wiederhole« (Müssen, 2019), deshalb sei die Schließung der Grenze »als Ultima Ratio [...] durchaus auch denkbar« (Gefährliche, 2019). Die Formulierung »so etwas wie 2015« verrät keine Mühe mehr zu differenzieren und abzuwägen, was gelungen, weniger gelungen, verbesserungsbedürftig oder zukünftig zu vermeiden ist. Schon gar nicht wird hier Positives betont, die Perspektive von betroffenen Geflüchteten oder von kommunalen und zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren eingenommen, die sicher ein deutlich differenzierteres Urteil darüber fällen würden, was aus ihrer Sicht als gelungen, als besonders und im positiven Sinne einmaliges Erleben zu bewerten ist. Das abwertende Generalurteil zum Jahr 2015 in Kombination mit Merkels Grenzpolitik besiegelte das etablierte Narrativ der Willkommenskultur als ein Narrativ des Scheiterns, das seinen Ausgang nahm mit der vermeintlichen Fehlentscheidung der Kanzlerin, die Grenze »zu öffnen«.

Hier endet die »Karriere« eines artifiziellen, medial koproduzierten Produkts: Erst wurden die komplexen Ereignisse des Spätsommers 2015 sprachlich und zudem sachlich verzerrt auf den Begriff der »Willkommenskultur« reduziert. In seinem Bann stehe angeblich auf wunderbare Weise das ganze Land, mit offenem Herzen, in Bewegung, engagiert, mit gütiger und gastfreundlicher Offenheit. Was hier als ein deutsches Wunder medial stilisiert wird und damit euphorische, nationale Zuschreibungen konstruiert, blendet bereits andere gleichzeitige Facetten der Wirklichkeit aus, ohne sie zu verbinden. Parallel zu den Bebilderungen dieser Willkommenskultur am Münchner Bahnhof hat es bereits – medial oft ebenso plakativ serviert – Heidenau, Meißen

und Freital gegeben. Die vermeintliche Naivität der jubelnden Menge am Münchner Hauptbahnhof war nicht existent, denn jenes Engagement koexistierte bereits mit rechtsradikalen Ausschreitungen im Osten wie im Westen, mit Übergriffen auf Flüchtlingsheimen wie auch mit gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Geflüchteten, die in der medialen Öffentlichkeit vehement repräsentiert waren. Stattdessen war es die medial transportierte Überdimensionierung *eines* Aspekts von jubelnden »Gutmenschen« am Münchner Bahnhof, die sich vielfach kombiniert findet mit der Stilisierung Merkels als »Grenzöffnerin«. Nach einer kurzen Phase der respektvollen Bewunderung fiel diese »Grenzöffnung« dem Doppelverdacht von Rechtsbruch und humanitär übersteuerter Naivität anheim. Die sukzessive Transformation der Willkommenskultur bis zur Erklärung ihres besiegelten Endes hat damit etwas diffamiert und »begraben«, was es so in dieser Naivität nie gegeben hat. Weder war Merkel nur von einem humanitären Instinkt geleitet, sondern hat selbst, von den deutschen Wirtschaftsverbänden attestierte, europapolitische Aspekte für die Entscheidung, die Grenze nicht zu schließen, explizit geltend gemacht, noch ist die »soziale Bewegung der Flüchtlingssolidarität« unter dem Stichwort politischer Naivität subsumierbar (Huke 2019: 394; vgl. Fleischmann/Steinhilper 2019). Abgesehen davon war die lediglich einige Wochen anhaltende, weitgehend unkontrollierte Grenzpassage von Geflüchteten lediglich eine Ausnahmesituation im Rahmen einer ansonsten konsequenten Abschottungspolitik, die auch kurz danach wieder intensiv strategisch verfolgt wurde (vgl. Meier-Braun 2018: 38f.).

Die Botschaften und Narrative zur Willkommenskultur inklusive ihrer negativ besetzten Konnotation ruhen inzwischen im kollektiven Gedächtnis und werden nur bei Bedarf wieder aktiviert. So etwa alarmierte im Oktober 2019 eine Gruppe von Redakteurinnen und Redakteuren der ZEIT anlässlich des Einmarsches türkischer Truppen in Syrien: »Wie 2015 ist es schon wieder?« (Wie 2015, 2019). Gemeint war die Gefahr, dass Erdoğan Millionen von Geflüchteten aus Syrien aus den Lagern entlassen könnte und diese über Griechenland den Weg nach Mitteleuropa suchen. Er wisse, dass dieses Szenario die europäischen Regierungen von einer Intervention abhalten würde. Die euro-

päische Migrationspolitik sei eben nur von einem Gedanken geleitet: »Ein 2015 darf sich nicht wiederholen.« (Ebd.) Es genügt offenbar in diesem Kontext die pure Jahresnennung, um negative Assoziationen freizusetzen und die Abwehrkräfte gegen eine vermeintliche Wiederholung zu mobilisieren. Das bestätigte sich, als Erdoğan Ende Februar 2020 die Lager tatsächlich öffnete und Tausende von Geflüchteten sich bis zur türkisch-griechischen Grenze auf den Weg machten. Dort wurden sie allerdings unter Einsatz von Tränengas und Wasserwerfern brutal am Passieren der Grenze gehindert. Jetzt »rechnet« sich politisch-legitimatischer die Transformation des Narrativs der Willkommenskultur und die vollständige Diskreditierung von »2015«. Denn die »Beruhigung« der Öffentlichkeit bestand bezeichnenderweise darin, dass – wie ZEIT ONLINE berichtete – Regierungssprecher Steffen Seibert »Vergleiche zwischen der aktuellen Lage und der Flüchtlingskrise von 2015 [...] im Namen der Bundesregierung« zurückweisen konnte. Es gäbe neben dem immer noch existenten »EU-Türkei-Abkommen« eine funktionierende »EU-Grenzschutzbehörde Frontex«, die inzwischen deutlich »besser aufgestellt« sei, und schließlich habe sich auch die politische Zusammenarbeit »zwischen der EU und vielen Herkunfts- und Transitländern der Flüchtlinge« intensiviert (Merkel kritisiert, 2020). Letzteres ist ein Hinweis auf die verstärkten Bemühungen, beispielsweise durch den Export von Sicherheits-Knowhow in afrikanische Staaten oder durch bilaterale Rückübernahmeabkommen in Verbindung mit einer entgegenkommenden Visapolitik für bestimmte Zielgruppen der kooperierenden Staaten, die Fluchtbewegungen bereits im Ansatz zu verhindern (vgl. Schulze Wessel 2017a: 162ff.; Meier-Braun 2018). Auch im August 2021, als die Taliban in Afghanistan binnen weniger Wochen die politische und militärische Oberhand über das Land gewonnen hatten, der Abzug u.a. der amerikanischen, britischen und deutschen Soldatinnen und Soldaten in chaotischer Hetze betrieben wurde und Tausende Einheimische flohen, bemühte der damalige Kanzlerkandidat der CDU/CSU, Armin Laschet, jenes Narrativ, um vermeintliche Sorgen angesichts drohender Fluchtbewegungen nach Deutschland zu zerstreuen: »2015 soll sich nicht wiederholen.« (2016 darf, 2021) Zwar stieß diese Äußerung Laschets in dem ZEIT ONLINE-Kommentar von Johannes

Schneider auf eindeutige Kritik, weil sie »glasklar Begrifflichkeiten des Rechtspopulismus« übernehme und zudem ausblende, »dass 2015 für viele Menschen in diesem Land ein gutes Jahr war, eines der Solidarität mit anderen Menschen«. Aber sein Plädoyer in diesem Kommentar für eine »Gegenerzählung« über das Jahr 2015 richtet sich eigentlich gegen eine ganze Reihe von Kolleginnen und Kollegen aus der Redaktionswelt von ZEIT und ZEIT ONLINE, die genau dieses negative Narrativ bedient hatten.

Diskursanalytisch bleibt zunächst zu bilanzieren, dass *erstens* das Narrativ der Willkommenskultur, das schon eingegrenzt war auf die zivilgesellschaftliche Ebene, medial weitgehend *reduziert* wurde auf die *szenische Imagination* winkender Menschen am Münchner Bahnhof, die mit Obst, Wasserflaschen, Teddybären, Willkommenstransparenten und Applaus ankommende Geflüchtete begrüßten. Diese Reduktion auf ein Begrüßungsszenario blieb nicht lange frei von diskreditierenden und süffisanten Kommentierungen, die den Beteiligten eine rauschhaft euphorische Grundstimmung unterstellten. Die psychologisierende Affektanalyse bescheinigte dem Geschehen nicht nur Naivität, sondern – gemäß der Natur solcher Affekte – auch eine kurze Bestandkraft, was der Differenziertheit und der Breite des tatsächlichen Engagements in der Flüchtlingshilfe in keiner Weise gerecht wurde. Hinzu kommt *zweitens* eine auch von der ZEIT vollzogene »*Diskursverschränkung*« (Jäger 2015: 87, Hervorh. i.O.) jener reduktionistisch geframten »Willkommenskultur« mit der Frage nach der Glaubwürdigkeit der Kanzlerin und *ihrer* Flüchtlingspolitik. Dadurch stellte sich ein doppelter diskursiver Effekt ein: Zum einen wurde durch die Fixierung auf »Merkels Grenzöffnung« und die vermeintliche »Herrschaft des Unrechts« das Flüchtlingsgeschehen in seiner Komplexität – nicht frei von der Tendenz zum *Indexing* – eingepasst in ein bekanntes Diskurs-Muster. Gemeint ist die Infragestellung politischer Kompetenz der regierenden Elite bis hin zur Kanzlerin. Durch diese »Anpassung des Erzählstoffes« an »ein altbekanntes narratives Grundmuster« wurde »Wissen von geringerer Relevanz oder zu hoher Komplexität« ausgespart (Koschorke 2017: 32). Zu komplex war offenbar der Fokus auf die Geflüchteten, denn dieser wich im Rahmen dieses Diskurses der

argwöhnischen Beobachtung, inwieweit die Kanzlerin ihr »Votum des Schaffens« einlösen kann oder aber zugestehen muss, dass »ihre« Politik versagt hat. Zum anderen bot die Verknüpfung dieser derart personalisierten und zugleich umstrittenen Politik der Kanzlerin mit der medial aufbereiteten Inszenierung der Willkommenskultur ein neues, äußerst fragiles, narratives Konstrukt, das zweifach Angriffsfläche bot: Die Bewegung der Willkommenskultur als der Vitalitätsbeweis der »Schaffensbotschaft« wurde ebenso diskreditiert, wie die vermeintliche »Flüchtlingspolitik der Kanzlerin« sich als Erzählung eines historischen Fehlers etablierte. Diese doppelte Diskreditierung verkürzte die komplexen Ereignisse im Spätsommer und Herbst 2015 auf die komprimierte Negativkonnotation: »2015« darf es nicht mehr geben. Damit bietet *drittens* dieses Narrativ des Scheiterns bis heute das Material für das, was der Soziologe und Diskurstheoretiker Michael Schwab-Trapp als die »Techniken der Legitimierungen« bezeichnet hat, mit Hilfe derer »Vergangenheitsdeutung als Argument für das politische Handeln« genutzt werde (Schwab-Trapp 2011: 297, Hervorh. U.B.). Der »Rückgriff auf die Vergangenheit« produziere danach »einen normativen Rahmen zur Beurteilung gegenwärtiger Ereignisse und Handlungen« (ebd.). Die beschwichtigende Kommentierung des Regierungssprechers mit Blick auf die Ereignisse von 2020 an der türkisch-griechischen Grenze, diese seien nicht vergleichbar mit 2015, zumal entsprechende politische Schritte der Abschottung inzwischen umgesetzt seien, ist ein Beispiel für eine derartige Legitimationstechnik. Geflüchtete sind aus dieser Perspektive nur noch Subjekte der Bedrohung. Sie sind Krisenverursacher, nicht mehr selbst von der Krise erfasst, die ihre Flucht ausgelöst hat. Fokussierungen der medialen Berichterstattung auf die Flüchtlingskrise im Sinne der Krise der Geflüchteten und die Wirksamkeit der Erzählung über die Toten im Mittelmeer, über die 71 Leichen an einer Autobahn in Österreich oder über den leblosen Körper des Kindes Ailan Kurdi am Strand von Bodrum, waren bereits Ende Oktober verblasst oder dem Gesetz der Aufmerksamkeitsentropie verfallen. Aber es gab noch andere Metaphern, die diese negative Transformation der Bedeutung von Willkommenskultur befördert haben. Eine zentrale galt der Rede von

der »Grenze« oder auch der »Belastungsgrenze«, eine Metapher, die ihre Wirksamkeit nicht verfehlen sollte.

3.5 Die Grenze – eine Metapher mit Wirkung

In seinem Buch »Wir können nicht allen helfen« von 2017 bemüht der grüne Tübinger Oberbürgermeister Boris Palmer unter anderem Gedanken über die Berechtigung von Grenzen hinsichtlich der Aufnahme von Geflüchteten. Er plädiert für die Beachtung einer »Belastungsgrenze«, die sich dynamisch aus einem demokratischen »Aushandlungsprozess« ergebe (Palmer 2017: 42). Dieser Begriff der »Belastungsgrenze« im Kontext der Flüchtlingspolitik ist keineswegs neu. Bereits 1992, als die Zahl der Asylbewerber durch Geflüchtete aus Ex-Jugoslawien und aus Rumänien auf rund 440.000 angestiegen war, sprach Bundeskanzler Helmut Kohl von einem anstehenden »Staatsnotstand« und erklärte: »Die Grenze der Belastbarkeit ist überschritten. Die Situation hat sich dramatisch zugespitzt. Wenn jetzt nicht gehandelt wird, stehen wir vor der Gefahr einer tiefgehenden Vertrauenskrise [...] eines Staatsnotstandes.« (Meier-Braun 2018: 85) Die »Handlung«, die hier angedeutet wird, bezog sich auf den sog. Asylkompromiss. Eine Zweidrittelmehrheit des Bundestags hatte am 26. Mai 1993 die entsprechende Änderung des Artikel 16a GG beschlossen, und am 1. Juli 1993 ist jener Beschluss in Kraft getreten. Es ist die Geburtsstunde der Regelung der »sicheren Drittstaaten«, wie sie bis heute gültig ist (vgl. ebd.: 86). Auch Otto Schily (SPD), Innenminister der rot-grünen Bundesregierung, bediente sich noch 1999 dieser Metapher: »Die Grenzen der Belastung durch Zuwanderung sind überschritten.« (Ebd.: 110) Der Publizist Karl-Heinz Meier-Braun betont zu Recht: »Bislang hat [...] noch niemand definieren können, wann nun eigentlich diese Grenze erreicht wird und nach welchen Kriterien man sie überhaupt festlegen kann.« (Ebd.: 116) Palmer will hier offenbar eine Antwort bieten. Seismograf für die Bestimmung einer solchen Grenzdefinition sei der »politische und soziale Friede in einer Aufnahmegesellschaft«, deren maßgeblicher Indikator die Stärke der AfD-Wählerschaft sei (Palmer 2017: 43). Dass

die AfD »in manchen Regionen des Landes bei Wahlen in der Hochzeit der Flüchtlingsdebatte zur stärksten Kraft werden konnte«, sei ein »klares Indiz, dass die Belastungsgrenze eines nicht mehr zu vernachlässigenden Teils unserer Gesellschaft überschritten war« (ebd.). Das schlage sich offenbar auch im »Gefühl« vieler nieder: »Wir spüren [...], wenn die Nachbarschaft nicht mehr bereit ist, weitere Flüchtlingsunterkünfte hinzunehmen [...] und Flüchtlingsbauten zum Neidobjekt werden« oder wenn in der Kindertagesstätte »für viele Eltern die Schmerzgrenze erreicht wird« (ebd.: 45). Wir bräuchten daher eine »realistische Betrachtung der Belastbarkeit unserer Nachbarschaften, unserer Wirtschaft, unserer Bildungseinrichtungen, unseres Wohnungsmarktes, unserer Verwaltungsstrukturen, unserer politischen und kulturellen Toleranz und vieler weiterer Teilsysteme« (ebd.: 44). Und wenn man realisiert, dass es »natürlich Grenzen der Belastbarkeit« gebe, dann sei auch flüchtlingspolitisch klar: »Deutschland kann nicht auf Dauer jedes Jahr so viele Flüchtlinge aufnehmen wie im Herbst 2015.« (Ebd.: 44) Aus all dem folgt, dass »wir selbst« die »Grenze unserer Belastbarkeit bestimmen« (ebd.: 42), zumal es jedem Staat freistehe, »zu prüfen, ob ein Mensch, der um Flüchtlingshilfe bittet, dies zu Recht tut und aufgenommen wird« (ebd.: 39).

Diese auch in den eigenen Parteikreisen heftig umstrittenen Passagen jenes Sachbuch-Bestsellers sind bezeichnend für eine Perspektive der Flüchtlingspolitik, die die Handlungsmaxime unter dem Stichwort »Belastungsgrenze« einseitig mit Blick auf »uns«, die Aufnahmegesellschaft, definiert und zugleich naturalisiert. Es sei »natürlich«, »wesentlich« und »realistisch«, eine solche Grenze als Ergebnis eines »Aushandlungsprozesses« zu ziehen, dessen Regieanweisung allerdings der AfD, orientiert an der Stärke ihrer Wählerschaft, zugebilligt wird. Die Barometeranzeige für die erreichte Grenze ist »unsere« Gefühlslage, die u.U. die um Aufnahme »bittenden« Geflüchteten abzuwehren habe. Damit subordiniert Palmer im Grundsatz eine auf Artikel 33 der Genfer Flüchtlingskonvention basierende Asylrechtslage einer gefühlten Grenzbelastung. Dieser Artikel spricht ausdrücklich von der Rechtsgewährung durch staatliches Handeln, wenn es heißt: »Keiner der vertragschließenden Staaten wird einen Flüchtling auf

irgendeine Weise über die Grenzen von Gebieten ausweisen oder zurückweisen, in denen sein Leben oder seine Freiheit wegen seiner Rasse, Religion, Staatsangehörigkeit, seiner Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen seiner politischen Überzeugung bedroht sein würde.« (UNHCR: 15) Palmer suggeriert hingegen, der Staat sei nicht primär an internationales Recht gebunden, sondern an die gefühlten Belastungs- und Schmerzgrenzen seiner gesellschaftlichen Subjekte, die er zudem noch in Form des kollektiven »Wir« zu den eigentlichen Instanzen erhebt, die »Zuflucht [...] gewähren« – oder auch nicht (ebd.: 37). Damit erweckt er den Eindruck, als gäbe es ein entscheidungsrelevantes Stimmungsbarometer des »Volkswillens«, das wie bei der Wasserstandsmeldung einer drohenden Flut anzeigt, wann konkrete Grenzschutzmaßnahmen erforderlich sind.

Das Bild, das hier von Geflüchteten konstruiert wird, dient dazu, Grenzmaßnahmen als Schutz vor der *Bedrohung durch Geflüchtete* zu legitimieren, anstatt für das Faktum zu sensibilisieren, dass sie die Personen sind, die *vor Bedrohung* fliehen. Für Palmer hingegen sind Geflüchtete durchweg Faktoren der bedrohlichen Belastung, die dazu führt, dass die »Sorge, in Konkurrenz zu den Flüchtlingen um Arbeit und Wohnung zu geraten«, um sich greife, die »Angst vor Kriminalität und Terror« oder die »Befürchtung, unser Land könnte angesichts der Werthaltungen in den Ländern, aus denen die meisten Geflüchteten kommen, in Zukunft weniger offen, liberal, säkular, tolerant, feministisch, ökologisch und emanzipatorisch werden« (ebd.). Indem er sich jener Angstfaktoren bedient, anstatt ihnen argumentativ gegenzusteuern, eignet er sie sich indirekt an und stellt ihre Bezugspunkte unkritisch als berechtigt dar. Erinnert sei an eine Mahnung des ehemaligen Bundesinnenministers Gerhard Baum (FDP), der schon 1980 eindringlich appellierte: »Die Politik – quer durch alle Parteien – hat zuallererst die Aufgabe, bei unseren Bürgern um Verständnis für die betroffenen Flüchtlinge und Asylanten zu werben.« (Meier-Braun 2018: 82)

Zu bewahren gilt offenbar eine homogene nationalstaatliche Werthaltung, deren Substanz pauschalisierend mit Begriffen aus dem Wortschatzkästchen des Überlegenheitsnarrativs westlicher Kultur gegen-

über anderen als »liberal«, »tolerant«, »feministisch« und »emanzipatorisch« fixiert wird (vgl. Dietze 2019). Die Metapher der Belastungsgrenze, die das Bild einer realen Grenze auf die Vorstellung von einem drohenden medizinisch-organischen Kollaps eines wie auch immer gearteten »Volkskörpers« überträgt, stimuliert also die Assoziation einer vermeintlichen Homogenität einer Wertegemeinschaft, die bedroht ist. Damit wird eine Funktion des Gebrauchs der Grenzmetapher genutzt, die ebenso wie reale Grenzen darin besteht, »das Imaginarium einer stabilen und homogenen [...] nationalen Einheit« zu schaffen, die von außen durch »den globalen Fluss von [...] Menschen« in erhebliche Turbulenzen gerät (Brown 2018: 10).

Palmers Buch erschien 2017 und zeigt nur ein Segment des politischen Diskurses, wie er bis zur Partei der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, wenn auch umstritten, Einzug gehalten hat. Aber die Diskussion über das Thema »Grenzen«, über die »Obergrenze«, die »Belastungsgrenze« oder die Grenze »eines unkontrollierten Zustroms«, die erreicht sei, wenn in dessen Folge »der zivile Konsens einer Gesellschaft« zerbricht (Wenn der, 2015), spiegelte sich auch in der ZEIT im Kontext der sogenannten »Flüchtlingskrise« wider.

In Abwehr derartiger Stimmen bemühte sich Bernd Ulrich in der ZEIT vom 8. Oktober 2015 unter der Titulierung »Naivität des Bösen« – offensichtlich eine Anspielung auf Hannah Arendt und ihr den Eichmann-Prozess kommentierendes Votum von der »Banalität des Bösen« (Arendt 1990) – zu verdeutlichen, dass »dichte Grenzen« das Flüchtlingsproblem nicht lösen werden (Naivität, 2015: 1). Eine Woche später erfolgte die Replik von Tina Hildebrandt und Heinrich Wefing (vgl. Die Grenzen, 2015: 6). Diese Auseinandersetzung war eine Neuauflage eines bereits im April des Jahres publizierten Streitgesprächs zwischen beiden Positionen im Rahmen eines erstmals monothematisch gestalteten Politikteils der ZEIT. Es ging im Frühjahr um die eher grundsätzliche Frage, wie viele Menschen »Europa aufnehmen« könne. Anmoderiert wurde, dass in diesem Streitgespräch zwei Positionen zum Zuge kämen, von denen die eine »jede Regulierung der Zuwanderung« ablehne, während die andere zwar zugestehende, dass »wir« mehr tun können »als bislang«, es aber »klare Regeln für die Zuwanderung«

brauche, sonst stehe »in letzter Konsequenz der innere Frieden bei uns auf dem Spiel« (Denkt, 2015). Schon diese Gegenüberstellung wirkt eigenartig und mit Unwucht stilisiert. Suggestiert sie doch, dass hier eine Partei Regellosigkeit einfordere, während die andere mit Bedacht auf die Gefährdung des inneren Friedens Regeln anmahne. Folgt man sodann der Argumentation der beiden Vertreter der ersten Position, der Redakteure Bernd Ulrich und Gero von Randow, so erschließt sich ein durchaus differenzierter Duktus. Zunächst einmal sei die Befürchtung, dass »alle kommen«, abwegig, weil sie nicht die Hemmschwelle in Rechnung stelle, den der Verlust, »die Heimat zu verlassen, mit und ohne Familie« bedeute (Wir dürfen, 2015: 3). Dies bestätige sich auch im Kontext der europäischen Freizügigkeitsregeln, sofern Deutschland auch nicht von »Portugiesen oder Griechen überflutet« werde. Deutschland sei noch weit davon entfernt, tatsächlich an seine finanzielle Belastungsgrenze zu geraten, weil es etwa »zu großzügig« gewesen wäre. Der aktuelle Wunsch »Einwanderung zu begrenzen« sei daher nicht objektiv begründet, sondern spiegle nur das Psychogramm, wann »wir glauben, unsere Contenance zu verlieren« (ebd.). Sichere und unüberwindbare Grenzen seien zudem eine Illusion. So zeige das Scheitern der US-amerikanischen Grenzpolitik gegenüber Mexiko, dass kontrollierte »Einwanderung [...] eine Chimäre« sei, zu »ihr gehört die Abschreckungsillusion – und das Sterben an den Grenzen« (ebd.). Eine Abschreckungspolitik, die durch geringe Hilfssätze, »eingeschränkte medizinische Hilfe«, »Mangel an Sozialarbeitern und Polizisten« sowie unwürdige Heime »an den falschen Orten« bemüht sei, die Fluchtbewegung abzuwehren, sei die eigentliche Misere. Sie »schaffe erst die Wut« in der Bevölkerung und produziere »immerzu das Bild einer Gesellschaft am Rande der Aufnahmefähigkeit« (ebd.). Auch wenn alternativ der Aufbau einer entsprechenden Infrastruktur kostenaufwändig sei, so müsse gegengerechnet werden, was denn die »schrumpfende Bevölkerung in Deutschland« koste. Aus diesen Gründen gelte es, »eine realistische Einwanderungspolitik fern jeder Kontrollillusionen« zu etablieren, jetzt sei die »Konzentration auf das Machbare, nämlich den »Umbau zu einer modernen Einwanderungsgesellschaft«, gefordert (ebd.).

In der gleichen Aprilausgabe erwiderten die Kontrahenten Hildebrandt und Wefing. Zugestanden sei, dass »wir« mehr Geflüchtete aufnehmen können, aber »nicht alle«, weil es dann »kein Drinnen und kein Draußen, kein Wir und kein Die« mehr gebe. Aber dann würde sich einladend in den »armen Regionen der Welt herumsprechen«, Europa »nehme jeden auf« und es kämen auch Menschen in »unser Land«, die »Konflikte mitbringen«, ebenso »Kriminelle und Terroristen«. Die Folgen hätten die unterprivilegierten Schichten zu tragen, nicht diejenigen, die »ihre Kinder auf Privatschulen schicken«. Deshalb bedeute die Devise »alle reinlassen«, »die Nächstenliebe der Übernächstenliebe zu opfern« (Wir können, 2015: 3.). Es gebe daher sowohl pragmatische als auch moralische Gründe für eine »humane Regulierung der Zuwanderung nach Europa«. Pragmatisch sei evident, dass die Ressourcen eines jeden Landes wie auch »unsere Möglichkeiten«, auf die »Not der Menschen in anderen Teilen der Welt Einfluss zu nehmen«, begrenzt seien und folglich auch »unsere Verantwortung«. Auch sei der moralische Vorwurf nicht haltbar, dass wir schuld seien am Tod der ertrunkenen Geflüchteten, vielmehr seien es die »Regierungen ihrer Heimatländer«, die »verbrecherischen Schleuserbanden« und »skrupellose Kapitäne«. Letztlich jedenfalls gelte es »Regeln« aufzustellen, die auch »durchgesetzt werden und das heiße konkret, wenn »die Kontingente für ein Jahr erschöpft sind, müssen Menschen abgewiesen werden« (ebd.).

In der Fortsetzung dieses Streitgesprächs vom 8. Oktober insistiert Bernd Ulrich darauf, dass »dichte Grenzen« das Flüchtlingsproblem nicht lösen werden (Naivität, 2015: 1). Auch wenn sich, anders als während der sommerlichen »Hilfsbereitschaft« und dem ebenso waltenden »Idealismus«, inzwischen die Erkenntnis durchgesetzt habe, dass sich unter den Geflüchteten auch »Islamisten, Terroristen und Kriminelle« befänden – eine Einsicht, die jetzt »alle« hätten –, mache sich nun eine »andere Stimmung breit« (ebd.). Sie zeige aber eher einen »galoppierende[n] Realitätsverlust« an, der »panische Züge« und »wirklichkeitsfremde Abgrenzungswünsche« generiere (ebd.). Es sei wichtig zu erkennen, dass die Fluchtbewegung auch Resultat einer vom Westen tolerierten Unterdrückungspolitik sei, die sich nicht gescheut habe Menschen niederzuschießen, sie in »Folterkeller« zu schleppen,

sie mit »Giftgas« zu bewerfen und Angehörige zu bedrohen. Diese Menschen wollten nun, nachdem die Macht vieler Diktatoren durchbrochen sei, nicht »länger ihr Leben lassen«. Aber nun sei im Sinne der »Naivität des Bösen« die »Verführung groß«, den »Schutzwall aus blutrünstigen, scheinstabilen Diktaturen wieder aufrichten zu wollen« (ebd.: 2). Eine in diesem Sinne aufbegehrende »Fantasie einer dichten Grenze« müsste Geflüchtete umdeuten »von Opfern zu Invasoren, von Mitmenschen zu Feinden«, was nach der Meinung Ulrichs – er sollte sich irren – eine Illusion sei (ebd.). Es gelte ganz pragmatisch zu sehen: Grenzen »schaffen nicht mehr Kontrolle, sondern weniger, sie treiben die Menschen in die Illegalität«, und dies mache Grenzkontrollen eher wirkungslos (ebd.). Stattdessen biete nur eine »Willkommenskultur« den Ausweg, denn man könne nicht auf eine abschreckende Behandlung der bereits angekommenen Geflüchteten setzen und »zugleich integrieren« wollen (ebd.). Die eigentliche Bedrohung rühre nicht von den Geflüchteten, sondern von »Abgrenzungs- und Gewaltfantasien«, die letztlich einem »aggressiven Nationalismus« zuspiesen, der eigentlichen »handfesten Bedrohung des Abendlandes« (ebd.: 3). Der Westen müsse sich daher von seinen eigenen »Beengungen und Besessenheiten« befreien, denn: »»Eine Grenze erkennen heißt sie überschreiten.«« (Ebd.)

In der eine Woche später erfolgten Entgegnung hielten Tina Hildebrandt und Heinrich Wefing Ulrich zunächst entgegen, dass sein pointiert formulierter Satz, nicht alles, was schmutzig sei, sei Realpolitik, auch umgekehrt gelte: »Nicht alles, was Realpolitik ist, ist deshalb schon schmutzig.« (Die Grenzen, 2015: 6) Angesichts einer seit Tagen tobenden Debatte darüber, wie »viele Flüchtlinge Deutschland maximal im Jahr aufnehmen« könne, sei es nicht von der Hand zu weisen, dass es eine »Obergrenze« gebe, keine fixe, aber doch eine, die daraus resultiere, dass es »keine Verfassungspflicht« gebe, »Unmögliches zu leisten« (ebd.). Denn wir erleben vermeintlich eine Situation mit »geradezu biblischen Ausmaßen« und Deutschland operiere »im Moment am Rande der Überforderung« (ebd.). Deshalb gebe es natürlich »eine Obergrenze«, wenn man verhindern wolle, dass sich »Ghettos und Parallelgesellschaften« bilden. Man müsse sich darauf besinnen, dass die »Gren-

ze« einen Staat »konstituiert«, und ein Staat, der diese Grenzen »nicht mehr sichern kann, verliert das Vertrauen seiner Bürger«, ein »Staat ohne Grenzen funktioniert nicht« (ebd.). Es sei dahingestellt, ob »mehr Kontrollen« einzurichten seien oder man »Flüchtlinge zurückschicken« solle, jedenfalls sei das »Öffnungswochenende Anfang September [...] eine Ausnahme« gewesen (ebd.).

Dieser Artikel, der mit dem Anspruch aufwartet, auch eine »Naivität des Guten« zu enttarnen (ebd.) und der sich insofern als Anwalt eines politischen Realismus versteht, zu dessen Kernbestandteil die Diagnose der latenten »Überforderung« Deutschlands zählt, baut Assoziationen auf, die der vermeintlichen Erosion nationalstaatlicher Souveränität das Wort reden. Das Land erlebe gar eine Situation »biblischen Ausmaßes«, was fragen lässt, ob man an die Heuschreckenplage, an den Auszug aus Ägypten oder an apokalyptische Visionen denken soll. Das anthropomorphe Bild der Überforderung »Deutschlands«, des unmöglich noch Machbaren und der Obergrenze, die erreicht sei, erinnert an das Diktum von Boris Palmer von der Belastungsgrenze. Es bleibt unbeantwortet, was die real zu befürchtende Konsequenz ist: Die Selbstaufgabe des Staates, der Zusammenbruch, Chaos, mehr als nur eine »tobende« Diskussion? Jedenfalls fungiert die »Grenze« als Lösungsmetapher jenes Problems, das Hildebrandt und Wefing selbst erst konstruieren. Es gelte, die vermeintlich abhanden gekommene Grenze – es wird ein Staat »ohne Grenzen« suggeriert – zu sichern, um diesen vor Geflüchteten zu schützen, man müsse sie »zurückschicken«. Die Polarisierung, die hier aufgebaut wird, ergibt sich aus dem verfälschten Gegenüber eines vermeintlichen »Öffnungswochenendes« als Ausnahmezustand, der jetzt durch das Einziehen einer »Grenze« endlich beendet werden müsse. Unsachgemäß ist dieses stark assoziative Bild deshalb, weil die Logik des europäischen Gedankens, wie er sich im Schengen-Abkommen widerspiegelt, gerade den Verzicht auf Binnengrenzen impliziert und es daher an jenem September-Wochenende nicht um die Öffnung, sondern, wie bereits erwähnt, um die Frage einer möglichen Schließung der Grenzen ging. Hinzu kommt die Problematik, dass eine gemäß der Dublin III-Verordnung angezeigte Rückführung von Geflüchteten, »die in Griechenland registriert waren«, seit

2011 vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte untersagt worden ist, weil nach »Auffassung der Straßburger Richter [...] Asylsuchenden in Griechenland eine unwürdige und erniedrigende Behandlung« droht (Detjen/Steinbeis 2019: 55f.). Die Feststellung von Hildebrandt und Wefing, dass »Dublin gilt«, ist zwar richtig, aber die daraus abgeleitete »Regel, dass Asylbewerber dort bleiben, wo sie zum ersten Mal Boden der EU betreten«, ist irreführend (Die Grenzen, 2015: 6). Denn es geht nicht darum, wo Geflüchtete »bleiben«, sondern ob man diejenigen, die deutschen Boden betreten haben, einfach »zurückschicken« kann. Hier aber greift gerade die Dublin-Verordnung, denn auch diese »will verhindern, dass ein Land für Asylverfahren zuständig wird, in dem menschenunwürdige Verhältnisse herrschen«, wie es in Griechenland der Fall ist (Detjen/Steinbeis 2019: 57). Die Dublin-Regeln räumen »den Mitgliedsstaaten ausdrücklich die Möglichkeit ein, Asylverfahren durchzuführen, für die an sich die Ankunftsländer zuständig« sind, was als das sogenannte »Selbsteintrittsrecht« bezeichnet wird (ebd.: 59). Hildebrandt und Wefing suggerieren aber nicht nur, dass es sich bei der beschriebenen Praxis um einen Dublin III verletzenden Rechtsbruch handle, sondern malen auch das deutlich unterkomplexe, aber in politisch rechten Kreisen gängige Bild von einer »Grenze«, die als eine Problemlösungsinstanz fungiert. Das widerspricht nicht nur fundamental dem europäischen Gedanken von einem grenzenlosen Europa, sondern lässt auch unkonturiert, wie denn die »Verteidigung« dieser Grenze konkret aussehen sollte. Denn Gegenstand des politischen Entscheidungskalküls in der ersten Septemberwoche war ja genau dieses potenzielle Szenario einer möglicherweise unvermeidlichen Gewaltanwendung gegenüber flüchtenden Kindern, Frauen und Männern, das durch eine Abweisung an der deutschen Grenze provoziert worden wäre. Das vorrangige Ziel, das bewusst verfolgt wurde, war die Vermeidung einer derartigen gewaltsamen Eskalation.

Beide Streitgespräche werfen in der Grundanlage ihrer Thematik eine Fragestellung auf, die nicht nur unsachgemäß ist, sondern auch die Entwicklung der europäischen Abschottungspolitik und die asylrechtlichen Sachverhalte verzerrt. Grundsätzlich gilt, dass gerade die Dublin-Regelung bis 2015 für Deutschland über mehr als 20 Jahre die komfor-

table Lösung eingebracht hat, die Grenzfunktion an die europäischen Randstaaten, vornehmlich Italien, Griechenland und Spanien zu verlagern, was einen wesentlichen Teil der Logik des Schengen-Abkommens darstellt. Die Regelung der »sicheren Herkunftsländer« und die Asylverfahrensgesetzgebung implizit der gestaffelten Modalitäten des jeweiligen Aufenthaltsstatus haben sich seit der Reform der Asylgesetzgebung durch den Asylkompromiss aus dem Jahr 1993 über Jahre hinweg als ein wirksames Mittel zur Reduzierung von erfolgreichen Asylverfahren erwiesen. Die Situation im September war eine zeitlich eng befristete Ausnahme und mehrfachen Abwägungsaspekten geschuldet. Bereits am 13. September wurden in Deutschland wieder Grenzkontrollen eingeführt. Ungarn hatte kurz darauf den Bau eines sich auf 175 Kilometer erstreckenden Grenzzauns zu Serbien beendet, der Baubeginn eines weiteren Zauns an der Grenze zu Kroatien begann wenige Tage später (vgl. An der Grenze, 2020). Österreich kontrollierte seit dem 15. September wieder an seinen Grenzen zu Ungarn, und die EU-Staaten vereinbarten nur wenig später die Einrichtung von Hotspots an den europäischen Außengrenzen, unter anderem in Moria auf der Insel Lesbos. Schon Anfang November kursierten Überlegungen der Bundesregierung, in Griechenland ankommende Geflüchtete zurück in die Türkei zu schicken (vgl. ebd.), und bereits 2014 war von der EU der sogenannte Khartum-Prozess initiiert worden. Er verfolgte das Ziel, durch Vereinbarungen mit den ostafrikanischen Staaten und denen am Horn von Afrika eine die europäische Interessenpolitik gefährdende Migrationsbewegung zu verhindern. So etwa sollten »Flüchtlinge auf den wichtigsten Routen durch Drohnen und Hubschrauber bereits in der Wüste gestoppt werden, damit sie gar nicht erst Libyen und danach Europa erreichen« (Meier-Braun 2018: 66). Tunesien hatte bereits die Grenzen zu Libyen zu diesem Zweck gesichert. Europäische Sicherheitsexperten trainierten »Grenzbeamte unter anderem aus den diktatorischen Ländern Eritrea und Sudan, die selbst für Flüchtlingsbewegungen verantwortlich sind« (ebd.). Zusätzlich werden bis heute von der EU Sicherungsanlagen und technisches Grenzkontroll-Knowhow in die afrikanischen Staaten exportiert (vgl. Schulze Wessel 2017a; Jakob/Sch lindwein 2017: 195ff.). Während sich die europäischen Verhandlungen

gen mit den afrikanischen Staaten, die Mitte November 2015 zum erfolgreichen Abschluss eines »Aktionsplans« führten und jenen Staaten als Gegenleistung zur Migrationsbekämpfung 1,8 Milliarden Euro in Aussicht stellten (vgl. An der Grenze, 2020), auf die afrikanische Migrationsbewegung Richtung Libyen konzentrieren, betreffen die osteuropäischen Grenzsicherungen, die Einrichtung von Hotspots sowie die beginnenden Verhandlungen mit der Türkei das Bemühen, für Geflüchtete aus Syrien, Afghanistan und Irak den Weg nach Europa weitgehend unzugänglich zu machen. Zu ergänzen ist, dass schon im Oktober, also während die Fortsetzung des zweiten Streitgesprächs der ZEIT-Redakteure publiziert wurde, die Vorbereitungen des Asylpakets I, das am 23. Oktober 2015 in Kraft trat, nahezu abgeschlossen waren. Unter anderem wurden Albanien, Kosovo und Montenegro als sogenannte »sichere Herkunftsstaaten« deklariert, was für Personen aus diesen Ländern die Aussicht auf ein positiv beschiedenes Asylverfahren endgültig gegen Null gehen ließ (Pro Asyl, 2015). Der Verbleib in Erstaufnahmeeinrichtungen inklusive der Residenzpflicht wurde auf bis zu sechs Monate verlängert, eine Arbeitsaufnahme in dieser Zeit untersagt und den Bundesländern und Kommunen freigestellt, von Bargeld- auf Sachleistungen umzustellen (vgl. ebd.). Treffend bilanziert Meier-Braun: Während »sich die deutsche Gesellschaft noch im verdienten Beifall für die ›Willkommenskultur‹ des Herbstes 2015 sonnte, standen die Ampeln in der Flüchtlingspolitik schon lange wieder auf rot« (Meier-Braun 2018: 132). Der Aufbau von Grenzen war längst im Gange, und zwar sowohl an den Rändern Europas als auch in Afrika, um das »grenzenlose Europa« zu stabilisieren. Während in der ZEIT also eine intensive Debatte über die vermeintliche Notwendigkeit von Grenzen inseriert wird, feiert die Abschottungspolitik bereits wieder Hochkonjunktur. Insofern ist das Framing dieser Artikel auf einem falschen Gleis, suggeriert es doch eine Art von Regel- und Grenzenlosigkeit der deutschen Flüchtlings- und Asylpolitik, die keinen Realitätsgehalt hatte.

Mit der in den Artikeln der ZEIT inszenierten Polarisierung bezüglich der nationalen Frage, ob es »Grenzen« brauche oder nicht, »Regeln« oder eher keine, ob »Kontrollen« sachgemäß seien oder sie nur eine Illusion abbilden, ob es darum gehe, »jede Regulierung der Zu-

wanderung« abzulehnen und »alle reinzulassen« oder ob eine »humane Regulierung der Zuwanderung« greifen müsse, wird eine Alternative konstruiert, die abwegig ist. Dass Zuwanderung keinem Reglement unterliege, dass »alle reingelassen« werden oder dass es etwa keine »Grenze« gäbe, ist – nochmals betont – ein absurdes Szenario, das die gemäß Dublin verankerte gesamteuropäische Grenzdiplomatie völlig ausblendet. Die Fragestellung dieser Streitgespräche kreist um ein Themenfeld der grenzsichernden, nationalen Souveränität, das dominant und Angst schürend von der politisch rechten Seite besetzt wurde. Damit folgt sie tendenziell dem Duktus und Jargon politisch rechter Argumentation, die vehement den Ruf nach Kontrollen und Grenzen allerdings im »Kontext weitgehender Europa-Ablehnung« erschallen ließ (Weiß 2017: 180f.). Während Ulrich – im erstgenannten Artikel mit von Randow – bemüht ist, auch die Perspektive von Geflüchteten einzubringen und insbesondere in der Oktoberausgabe der ZEIT Fluchtgründe politisch kontextualisiert, verbreiten Wefing und Hildebrandt eine Argumentationsperspektive, die die Situation der Geflüchteten ausblendet. Sie lassen jede Abwägung vermissen, die die Lage der Geflüchteten und deren »Grenzerfahrungen« der Belastung würdigend gewichtet. Stattdessen dient ihre Argumentation einseitig der Konstatierung einer vermeintlichen Überforderung Deutschlands. Die Abgrenzungsrhetorik, der hier das Wort geredet wird, lässt Geflüchtete nur noch anonymisiert und kollektivistisch als Objekte der Kontrolle und als Verursacher einer Grenzerfahrung des »Unmöglichen« in Erscheinung treten.

Die von beiden Redakteuren der ZEIT in den Raum gestellte Behauptung, dass es natürlich »eine Obergrenze« gebe, um zu verhindern, dass sich »Ghettos und Parallelgesellschaften« bilden (Die Grenzen, 2015: 6), assistiert der vom Bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer in die Diskussion gebrachten Forderung nach einer »Begrenzung der Zuwanderung« (Bayern droht, 2015) und lässt damit eine deutlich an die bundes- und landespolitisch Verantwortlichen ausgerichtete Stoßrichtung erkennen. Eine derartige Adressierung, und zwar direkt an die Kanzlerin, findet sich in einer Kolumne des ehemaligen Chefredakteurs und späteren Mitherausgebers der ZEIT, Theo Sommer, die Mitte Oktober unter dem Titel »Merks Trutz- und Betstunde« im Un-

tertitel vermeldete: »Sie muss eine Grenze ziehen« (Merkels Trutz- und Betstunde, 2015). Auch Sommer argumentiert mit der Grenze, an der die moralische Pflicht, weiterhin Geflüchtete in dieser »schiere[n] Masse« aufzunehmen, angekommen sei. Offensichtlich als Appell an Merkel gerichtet, die er indirekt auffordert, deutlich zu machen, »wie wir das schaffen wollen; was ihr Plan ist und wie sie ihn stufenweise verwirklichen will«, verweist er auf die gebotene »Sache der Politik, die Grenze zwischen dem Möglichen und Unmöglichen zu ziehen« (ebd.). Merkels Beschwörung der Alternativlosigkeit in der Flüchtlingspolitik erinnere an Luthers »Wucht«, mit der er erklärte »Hier stehe ich nun, ich kann nicht anders«. Das sei zwar menschlich »sehr eindrucksvoll«, aber »politisch von kläglicher Unzulänglichkeit« (ebd.). Wenn die Regierung weiterhin so »ratlos, hilflos und tatenlos« bleibe, dann gerate »die Stabilität der Demokratie in Gefahr« (ebd.). In dieser Argumentation wird verbal eine Grenze der Belastbarkeit, des »Machbaren« und »Möglichen« befestigt, ohne eine substantielle Erklärung bezüglich der Kriterien dieser Grenzdefinition zu bieten. Die rhetorische Figur eines insistierenden Appells an die Kanzlerin, eine Art streitbares Machtwort einer publizistisch höchst anerkannten Person, scheint beachtenswert genug.

Die politische und mediale Debatte über die Frage der »Grenze« sollte über Wochen hinweg nicht abreißen. In mehr oder weniger unkommentierter Form liest sich beispielsweise die Berichterstattung über den diesbezüglichen Überbietungswettbewerb innerhalb der CSU. Der bayerische Finanzminister und Anwärter auf den Ministerpräsidentenposten, Markus Söder, hatte bereits Anfang Oktober 2015 eine Debatte über »Grenzzäune« initiiert, weil »die Grenze der Belastbarkeit überschritten« sei (Söder fordert, 2015). Er sei überzeugt, »dass wir noch über Schutzzäune diskutieren werden in Europa« (ebd.). Ebenso habe auch Seehofer schon zuvor »angekündigt, eventuell im Alleingang »Notmaßnahmen« ergreifen zu wollen (ebd.). Den Leserinnen und Lesern wird als Hintergrundinformation der Hinweis geboten, Bayern sei »von den hohen Flüchtlingszahlen besonders betroffen. Über Österreich reisen täglich Tausende Menschen ein« (ebd.), was offenbar die sachliche Angemessenheit der politischen Argumentation unter-

stützen soll. In einem Artikel vom 21. November 2015 erscheint die Grenzdebatte vollends funktionalisiert, um die Konkurrenz der beiden CSU-Politiker wie auch die Spannung zwischen Merkel und Seehofer zu exemplifizieren. Unter dem Titel »Seehofers Grenzen« wird die wahlpolitische Schlappe des Ministerpräsidenten – er erhielt mit 87,5 Prozent sein schlechtestes Ergebnis – mit seiner Verbalattacke gegen Merkel wie auch dem maßregelnden Umgang gegenüber Söder erklärt. Der thematische Aufhänger ist die Flüchtlingspolitik. Merkel habe nach einem »kühlen Empfang« auf dem Parteitag nochmals bekräftigt, dass sie eine »Obergrenze für Flüchtlinge« ablehne, die Seehofer schon seit Ende Oktober eingefordert hatte (vgl. *An der Grenze*, 2020). Daraufhin habe Seehofer klargestellt: »Ohne eine Obergrenze geht es nicht.« (Ebd.) Die ZEIT-Redakteurin Katharina Schuler kommentiert, es könnte »sein scharfer Angriff auf die Kanzlerin« gewesen sein, der ihm dieses relativ schlechte Wahlergebnis beschert habe (ebd.). Aber der zweite Grund sei der Konflikt mit Markus Söder. Dessen Äußerung nach den Pariser Anschlägen vom 13. November, »nun dürfe es keine ungebremsste Einwanderung mehr geben«, habe Seehofer als parteipolitischen Profilierungsversuch abgekanzelt. Zudem habe er Söder, als dieser die Kanzlerin aufgefordert hatte, Fehler bei der Flüchtlingspolitik einzuräumen, mit den Worten gemaßregelt: »Wenn jemand mit der Kanzlerin über Flüchtlingspolitik redet, bin ich das.« (Ebd.) Auch »dieser Zwist wird Seehofer Stimmen gekostet haben«, so die Spekulation der Redakteurin (ebd.).

In diesem Artikel sekundiert das Thema »Grenze« einem innerparteilichen Konflikt und transformiert die Konnotation des Begriffs von der eigentlichen, flüchtlingspolitischen Thematik in eine Charakterisierung der politischen Stabilität und des Wirksamkeitsradius des bayerischen Ministerpräsidenten, er sei an der »Grenze«. Im Rahmen dieser Diskursverschränkung fällt die reale Situation der Geflüchteten und ihre Grenzerfahrung völlig aus der Wahrnehmung, sie ist nur »Hintergrundware« für den medial aufbereiteten politischen Diskurs. Er wird journalistisch eingeeht in den tagesaktuell attraktiven Radius politischer Streitbarkeit. Die Auseinandersetzung gilt nicht mehr der sachlich kritischen Hinterfragung der von den Protagonisten der CSU ge-

führten Debatte über eine Obergrenze oder einen Stopp der vermeintlich »ungebremste[n] Einwanderung«. Stattdessen erfährt das Artefakt der Belastungsgrenze durch die Fokussierung auf den innerparteilichen Konflikt eine unkommentierte Verstärkung. Ein derartiges *Indexing*, die thematische Fixierung auf die streitbaren Äußerungen politischer Prominenz, vermeidet jede eigenständige Kritik am Gegenstand dieses Streits, es ist in hohem Maße affirmativ und lässt sich in der ZEIT vor allen Dingen bei dem Thema »Grenze« belegen. Dabei geht es immer wieder zentral um die Führungsrolle der Kanzlerin, um den besonders innerparteilichen Druck, dem sie ausgesetzt ist und um die Glaubwürdigkeit ihrer Position. So erfahre Merkel inzwischen ein bislang unbekanntes »Maß an Unverständnis, ja Verstörung«, das ihr entgegenschlage. Man könne das »Krisen-Credo« des »Wir schaffen das« nicht mehr hören« angesichts von »Grenzen, die nicht mehr funktionieren«, und einem »Flüchtlingsstrom, dessen Ende nicht absehbar ist« (Worte, 2015: 2). Ein CDU-Mitglied frage stellvertretend für andere nach: »Mich würde interessieren, wo Sie die Grenze sehen« (ebd.), was anzeige, dass der »Ruf nach ›Obergrenzen‹ und Merkels Weigerung, sich darauf einzulassen« inzwischen »zum Symbolkonflikt geworden« seien (ebd.), denn würde sie eine konkrete Zahl nennen, sei das »gleichbedeutend mit ihrem Scheitern«. Merkel habe jenen Kritikern hingegen wenig zu entgegnen und könne ihnen lediglich anbieten, »die europäischen Außengrenzen wirksam [zu] schützen«. Sie setze offenbar auf ein »Arrangement mit der Türkei« (ebd.), was allerdings fragen lasse, warum »die Türkei ein Grenzregime durchsetzen« sollte, »das Merkel innerhalb Europas [...] für inhuman hält«. Das könne man auch »zynisch« finden (ebd.).

Der Artikel fokussiert auf die Person der Kanzlerin, ihre brüchige Überzeugungskraft, ihr abstraktes Ausweichen gegenüber Fragen von Mitgliedern, ihre Projektionen auf die Türkeihilfe und auf ihre moralische Integrität. Der eigentliche »Aufhänger« dieser Krisenbilanz der Flüchtlingspolitik gilt der Kanzlerin und ihrer politischen Standhaftigkeit angesichts der innerparteilichen Angriffe, aber der reale, Geflüchtete betreffende Hintergrund, die brutale Wirklichkeit der Grenzen und die mit ihnen verbundenen Grenzabweisungen geraten ins Aufmerk-

samkeitsnirwana. Stattdessen wird eine »Realitätsebene« geschaffen, nach der es sich um nicht mehr funktionierende Grenzen und einen »Flüchtlingsstrom« handle, dem Deutschland wie einer nahenden Naturkatastrophe ausgesetzt sei (vgl. Jäger/Wamper 2017: 166f.). Diese Art des Indexing zieht sich durch mehrere Artikel der ZEIT, sei es, dass die konstante Beharrlichkeit der Kanzlerin zu behaupten, dass sie »die Lage im Griff habe« und Obergrenzen ablehne, im Fokus steht (Die Bundeskanzlerin, 2015), sei es, dass Spekulationen über einen Konflikt zwischen Innenminister de Maizière und Merkel bezüglich der Wiedereinführung des Dublin-Verfahrens für Syrer in den Raum gestellt werden (Merkel verteidigt, 2015) oder es bezüglich der unabgestimmten Ankündigung des Innenministers, den Familiennachzug auch für Geflüchtete aus Syrien zu stoppen, zu einem »Machtkampf« gegen Angela Merkel innerhalb der Union komme (De Mazière ist, 2015). Auch nach den Terroranschlägen in Paris vom 13. November 2015, durch die 130 Menschen zu Tode kamen, fokussierte die ZEIT die innerparteilichen Reaktionen und konflikthafter politischen Kommentare, die anzeigen würden, dass Merkel, konfrontiert mit den Forderungen von Seehofer und Söder nach einer restriktiveren Grenzpolitik, mit ihrer Haltung »noch mehr auf Widerstand in den eigenen Reihen stoßen« werde (Berlin, 2015).

Konnotationen, die sich mit dem Begriff der Grenze verbinden, sind nicht eindeutig und unterliegen daher einer *Deutungspluralität*. Einerseits assoziieren sie den Aspekt der nicht überwindbaren oder auch der dringend einzuhaltenden Markierung. Das Überschreiten einer Grenze ist dann entweder aufgrund physikalischer Gesetzgebung, beispielsweise der Thermodynamik, nicht möglich, oder es führt zu einem Zustand der Gefährdung, der Unsicherheit oder auch der Destabilisierung, so etwa im Falle von überschrittenen Emissionsgrenzwerten. In beiden Fällen sind Realisierung und Beachtung von Grenzen *positiv*, ihre Überschreitung oder Missachtung hingegen negativ konnotiert. Andererseits bietet die Grenze die Assoziation ihrer anzustrebenden Überwindung. Das Überschreiten von Grenzen und die Erfahrung, sich »grenzenlos frei« zu fühlen, werden mit positiven Freiheits- oder auch Befreiungserfahrungen verbunden. Die Rede von einem Europa der »offenen Grenzen« oder auch das

alljährliche Gedenken des »Mauerfalls« und der Überwindung der innerdeutschen Grenze vermitteln genau jene positive Sinnfülle, die aus dem *negativen* Erfahrungskontext von Grenzen resultiert. Mit Blick auf den überwiegend auf der Grundlage von Artikeln der ZEIT analysierten Diskursstrang bezüglich der Grenzmetapher ist *erstens* zu bilanzieren, dass diese den Flüchtlingsdiskurs schon vom Frühherbst 2015 an dicht durchzogen hat und dass ihre Nutzung ambivalent ist. Einerseits suggeriert die Assoziation einer Belastungsgrenze die drohende Überschreitung staatlicher Möglichkeiten, der Staat komme an *seine* Grenze. Die Ursache wird in der defizitären Schließfunktion der Staatsgrenze verortet, womit sich als Lösungsprojektion die »Sicherung« der Grenzen zur Vermeidung von Grenzerfahrungen der Belastung anbietet. Die negative Konnotation der Belastungsgrenze nährt also die positive der abzusichernden Staatsgrenzen. Andererseits konzentriert sich die Nutzung der Grenzmetapher dadurch einseitig und gewissermaßen rollenverkehrt auf die nationale Perspektive. Eine entgegengesetzte, aber im Diskurs kaum zu findende, hätte nachvollziehbar die physische und psychische *Belastungsgrenze von Geflüchteten* als eigentliche Initiation der Flucht erinnern können. Für sie ist das Überschreiten der Grenze, also ihre Überwindbarkeit, Ziel ihrer Reise. Nicht Sicherung, sondern Durchlässigkeit eröffnet ihnen Aussicht auf Sicherheit, Schutz und Überleben. Mit der einseitigen Fokussierung auf das Konstrukt einer nationalen Belastungsgrenze inklusive der, wie gezeigt, sachlich und europapolitisch verfehlten Projektion auf eine »sichere« Grenze, etabliert sich im Diskurs ein hegemoniales Narrativ, das der Grenzmetapher eine Eindeutigkeit ihres Sinns zuführt, was letztlich eine legitimatorische Funktion hat (vgl. Schwap-Trapp 2011: 285f.): Da das Land, in den vulnerablen Opferstatus versetzt, an die Grenze seiner Möglichkeiten angekommen ist, muss es sich vor den »Tätern«, den flüchtenden Verursachern dieser Bedrohung, schützen und durch Grenzfestigung absichern. Der Staat ist demnach das schutzbedürftige Subjekt, Geflüchtete führen *ihn* an die Grenze. *Zweitens* verdichtet sich der metaphorische Gehalt der »Grenze« durch den Aspekt der *personalisierten Verkörperung*. Die Rede von der »Belastungsgrenze«, die erreicht sei, vom nahenden Zustand

der »Überforderung«, von »Ressourcen«, die begrenzt seien, von der Unmöglichkeit noch jemanden »aufzunehmen« oder auch die Zurückweisung, zu »großzügig« gewesen zu sein, beziehen sich allesamt auf das Land, auf Deutschland, auf das kollektive »Wir«. Diese Konstruktion eines »politischen Körpers« suggeriert Grenzerfahrungen der Belastbarkeit von bedrohlichem Ausmaß oder gar »organisches Versagen«. Eine derartige Übertragung der Körpermetapher auf das System Staat schafft eine naturalisierte Vorstellung seiner »Systemgrenzen« (Koschorke et al. 2007: 60, vgl. Bielefeld 2003: 25). Der narrative Effekt der Nutzung dieser Metapher im Kontext des Flüchtlingsdiskurses hat dabei eine affektive Dimension, denn die Körperlichkeit und Vulnerabilität jedes Einzelnen macht die Grenzerfahrung des politischen Körpers existenziell nachvollziehbar und verleiht diesem Narrativ »eine neue, machtvolle Evidenz« (Koschorke et al. 2007: 19). *Drittens* verstärkt die mediale Auseinandersetzung darüber, ob und inwieweit eine derartige quasi objektive Grenze der Belastbarkeit erreicht sei, trotz der diesbezüglich differierenden Einschätzungen, eine *politische Sachzwangslogik*, die aus der Nutzung der Körpermetapher resultiert. Denn wenn ein Land in dieser Subjekthaftigkeit anthropologisiert wird und wenn medial lediglich darüber gestritten wird, ob es früher oder später am Rande der »Überforderung« steht, nicht mehr »kann« oder seine Ressourcen erschöpft sind, dann ist der Schutz dieses Körpers durch verstärkte Abschottung ein notwendig und alternativlos zu verabreichendes »Heilmittel«, um den Staat vor dem Kollaps zu bewahren. Der maßgebliche mediale Dissens besteht lediglich in der Einschätzung, ob *dieser Zeitpunkt* bereits erreicht ist, der Gebrauch der Körpermetapher mit den genannten narrativen Implikationen ist hingegen unkritisch konsensual. Angesichts dessen wird *viertens* politisches Handeln, medial gestützt, von *tiefergehenden moralischen Überlegungen exkulpiert*. Denn ihm kommt einerseits angesichts jenes übergeordneten Sachzwangs eine nur reaktive, interventionistische Funktion zu, entsprechend flüchtlingspolitisch restriktiv zu agieren, um die Funktionalität des politischen Körpers zu bewahren. Andererseits gewinnt politisches Handeln durch Rückgriff auf das Narrativ von der drohenden Belastungsgrenze der Nation eine gewichtige

Legitimation, gilt es doch ein höheres Gut, das Land, vor Schaden zu bewahren. Eine Reihe von Artikeln und Kommentierungen in ZEIT und ZEIT ONLINE bot durch die variantenreiche Nutzung jener Körpermetapher eine *Diskursarena* (vgl. Schwab-Trapp 2011: 291) und damit einen hilfreichen Beitrag zur diskursiven Legitimität, die Krise der Geflüchteten in die Erzählung von der krisenhaften, körperlichen Verfassung des Staates zu transformieren. Folgt man dem Politikwissenschaftler Frank Nullmeier, so sind derartige Legitimations-Verfahren gängig, denn »Legitimation ist diskursiv geworden. Der Begriff verweist auf die Suche nach Argumenten für die Anerkennungswürdigkeit einer politischen Ordnung [...]«. Diese »Legitimität muss stets aufs Neue erzeugt, kommuniziert und erhalten werden« (Nullmeier et al. 2010: 9). Die nunmehr neu herzustellende Legitimation der sukzessiv verstärkten Abschottung musste Geflüchtete als die eigentliche Bedrohung des Staates narrativieren. Die mediale Performance fokussiert *fünftens* im Kontext der Grenzdebatte überwiegend in Form eines *Indexing* die divergierenden Standpunkte innerhalb der politischen Elite bezüglich der Frage, ob jener Interventionszeitpunkt bereits gegeben ist und jene »Obergrenze« eingezogen werden muss, oder aber, ob die Botschaft des »Schaffens« durchgehalten werden kann. Im Kontext dieser Debatte boten ZEIT und ZEIT ONLINE kaum noch Ansätze, die hinter den parteipolitischen Querelen von CDU und CSU liegenden Sachthemen der »Obergrenze« kritisch zu hinterfragen. Die diskursive Verlagerung und Einhegung dieses Themas in die Botschaften über die Infragestellung der politischen Integrität der Kanzlerin führten stattdessen zu einem affirmativen Grundton, der unterstellte, dass Merkel in der Krise stecke, angesichts von »Grenzen, die nicht mehr funktionieren«, und einem »Flüchtlingsstrom, dessen Ende nicht absehbar ist« (Worte, 2015: 2). Schließlich ist *sechstens* anzumerken, dass die über Wochen hinweg zentral berichtete Kontroverse über »offene Grenzen« und darüber, ob nun »alle« kommen sollen, eine eigenartige *Temporalität* hat. Sie blendet den zeitgleich stattfindenden Prozess der Grenzsicherung in den Balkanstaaten, in der griechischen Ägäis und im Kontext der Verhandlungen mit einer Reihe von afrikanischen Staaten ebenso aus wie die mit dem Asylpaket I verfolgten ersten Schritte hin zu einer

restriktiveren Flüchtlingspolitik. Da, wo über diese Vorkommnisse berichtet wird, stehen sie unverbunden neben und außerhalb jener Grenzdebatte (vgl. Bundestag, 2015; Deutschland macht, 2015). Eine themenübergreifende Berichterstattung, die die Grenzdebatte und die gleichzeitig stattfindenden Abschottungsschritte politisch kontextualisiert, floss innerhalb der ZEIT nicht diskursdominant ein. Auch das mag ein Ergebnis dessen sein, dass das Interesse besonders der aufmerksamkeitssaffinen Konzentration auf den politischen Schlagabtausch innerhalb der Schwesterparteien CDU und CSU galt, aber weniger einer umfassenden Einordnung der politischen Ereignisse in den flüchtlingspolitischen Gesamtkontext.

3.6 Diskursanalytische Bilanz II

Die bereits erwähnte, von Michael Haller veröffentlichte Studie der Otto-Brenner- Stiftung hat bezüglich der dort analysierten Printmedien, FAZ, SZ und DIE WELT, bilanziert, dass deren Berichterstattung über die »Willkommenskultur« den Eindruck erweckt habe, »weniger am Thema selbst als an den über das Thema transportierten Querelen interessiert« gewesen zu sein (Haller 2017: 134f.). Dieser Eindruck bestätigt sich auch mit Blick auf die »Grenzdebatte« in der ZEIT, die dort über einen längeren Zeitraum multivariant aufgegriffen und im Sinne des Indexing mehrfach an die innerparteilichen Konfliktlinien von CDU und CSU, speziell an die Auseinandersetzung zwischen Seehofer und Merkel bezüglich der »Obergrenze«, gebunden wurde. Eine derartige Fokussierung parteipolitischer Auseinandersetzungen ist aber nur *ein* Aspekt der variantenreich auftretenden, *diskursiven Umgehungen*, die die Aufmerksamkeit allenfalls indirekt auf Geflüchtete richteten.

Eine weitere Umgehung betrifft die Art der Berichterstattung über Ailan Kurdi. Obwohl es mit der in vielen Medien bebilderten Reportage über den Tod des Zweijährigen gelungen ist, dem Flüchtlingsschicksal ein exemplarisches, affektive Betroffenheit erzeugendes Gesicht zu verleihen, verblasste die konkrete Gestalt und Geschichte dieses Jungen, um einer journalistisch aufbereiteten moralischen Anklage

an ein subjektivistisch gefasstes »Europa« zu weichen, dem die eigentliche Aufmerksamkeit galt. Der mediale Fokus konzentrierte sich auf die Wiederherstellung der moralischen Integrität der europäischen Staaten. Dieses Bemühen um eine Art »moralische Landnahme« zeichnete offenbar das Selbstverständnis einer Reihe von Journalistinnen und Journalisten aus. Der Tod Ailans wurde nicht zum Anlass genommen, um die Flüchtlingssituation bezüglich ihrer Ursachen und Auswirkungen politisch präzise zu kontextualisieren und daraus entsprechende asyl- und flüchtlingspolitische Forderungen abzuleiten oder aber kritisch nachzufragen, inwiefern eine gegenüber Assad halbherzige EU-Politik in Syrien ursächlich mitverantwortlich war für das Flüchtlingsgeschehen derer, die von dort kamen (vgl. Helberg 2018: 172ff.). Es drängt sich angesichts des analysierten Textmaterials vielmehr der Eindruck auf, dass auch in ZEIT und ZEIT ONLINE diese Reflexionsebene zugunsten einer eher affektiv und appellativ in Richtung »Europa« aufgeladenen Berichterstattung und Kommentierung vernachlässigt, wenn nicht gar ausgeblendet wurde. Durch diese appellative Grundstruktur rückte die Berichterstattung von der eigentlichen *Sachdimension*, das Schicksal der Geflüchteten kontextuell zu beleuchten, weitgehend ab zugunsten einer *Sozialdimension*, nämlich der Bezugnahme auf die europapolitisch Verantwortlichen. Überspitzt formuliert: Es ging in der Berichterstattung vorrangig um »Europa« und seine moralische Integrität, aber nur sekundär um Geflüchtete.

Die medialen Reaktionen auf die Sommerpressekonferenz der Kanzlerin konzentrierten sich auf nationale Zuschreibungen, die darauf fokussierten, dass Deutschland nun als »Land der Hoffnung« in besonderer Weise gefordert sei. Oder sie stellten, wie ZEIT und ZEIT ONLINE, die Person der Kanzlerin mit ihrer ungewöhnlich emotional erscheinenden Performance in den Mittelpunkt. Die narrativ-kombinatorische Verbindung von Sommerpressekonferenz und der mit der Szenerie am Münchner Bahnhof bebilderten Kultur des Willkommens erzeugte eine medial geradezu selbsteuphorisierende Resonanz, die die Botschaft des »Schaffens« und der »Willkommenskultur« als Symbole eines nationalen Aufbruchs eines Landes der Hoffnung im herzensoffenen Gemütszustand stilisierte. Dadurch *dominierte ein na-*

tionales Narrativ die mediale Perspektive, das wiederum die Situation der Geflüchteten nur indirekt im Blick hatte. Es ging primär um »uns«, das »deutsche Wunder« (Das deutsche, 2015), um ein Land, das in einer umfassenden Veränderung begriffen, »bunter« und »vielfältiger« wird (Zumutung, 2015) und von einer »Revolution« der Herzen erfasst ist (Das deutsche, 2015). Dieses erzählerische Distanzmoment zur Situation der Geflüchteten spiegelte sich selbst dort, wo ausnahmsweise und vermutlich aufwändig recherchiert, ihre Perspektive aufgegriffen wurde. Das in dem Artikel über die Situation in Passau, »Deutschlands Lampedusa«, konstruierte Bild von Geflüchteten wirkt *schematisch stilisiert* und *typologisiert* die Erzählung über sie tendenziell im Sinne einer Heiligengeschichte (Im gelobten, 2015: 13). Weder wurden die reale Diversität der Lebenslagen, der Charaktere und religiösen Bindungen von Geflüchteten noch die durchaus ambivalente Stimmungslage in der Bevölkerung umfänglich abgebildet. Stattdessen baute sich eine – sicher flüchtlingsfreundlich motivierte – überdimensionierte Botschaft über humanitäre Gesten und anrührende, zwischenmenschliche Begegnungen auf, die exemplarisch die Willkommenskultur an der Basis belegen sollte. Damit stand auch dieser Artikel im Dienst, das große nationale Narrativ von einem Land der Hoffnung erfüllen zu wollen. Hallers Befund, die Berichterstattung habe überwiegend der »bundespolitischen Systemebene« gegolten (Haller 2017: 35), ist insofern auch für die ZEIT zutreffend. Aber es gilt hier weiter zu differenzieren: Die mediale Fokussierung auf die Nation und ihre körperlich metaphorisierte Verfassung ließen die Frage nach der vermeintlich vulnerablen Seite dieses »Körpers« zunehmend zum attraktiven Erzählstoff werden. Der naturalisiert präsentierte Zustand der Nation, sei er im Stande der Hoffnung, des »Schaffens« oder sei er, nur wenige Wochen später, an der Grenze der Belastbarkeit angekommen, ist dabei jeweils das maßgebliche Thema, der Aufmerksamkeitsmagnet und schließlich die dominante Wahrnehmungsperspektive, aus der heraus sich die Bedeutung der »Flüchtlingskrise« erschließt. Folglich assistieren Geflüchtete lediglich diesem Primärthema: Entweder als deren positives Material, als Objekte des Hoffnungs-Narrativs oder aber als Elemente der Bedrohung, die den Körper der Nation an die

Grenze führen. Der Befund Hallers, dass die *Ebene der Akteurinnen und Akteure* der Fluchthilfeszene wie auch der Geflüchteten selbst kaum zu Wort gekommen sei (vgl. ebd.: 34f.), ist nur die halbe Wahrheit. Zu ergänzen ist, bezogen auf Geflüchtete, dass durch das über sie präsentierte Bild, ob stellvertretend in kindlicher Unschuld eines toten Jungen, in der stilisierten Fassung einer Heiligengeschichte oder aber in dem drohenden Massen-Szenario, dass nun »alle« kommen, eine abständige, komplexitätsreduzierte oder auch überdimensionierte Inszenierung der »Figur des Flüchtlings« entworfen wurde. Bemerkenswert ist, dass das letztgenannte Szenario einer grenzenlosen Aufnahme von Geflüchteten zu einem Zeitpunkt diskutiert wurde, zu dem die Abschottungspolitik gesamteuropäisch schon längst wieder in vollem Gange war. Mit der Realität war also eine derartige mediale Dramaturgie eines national drohenden Kollapses nicht in Deckung zu bringen. Geflüchtete waren bereits im Herbst 2015 vielfach an Grenzüberschreitungen gehindert worden.

Die Schlussfolgerung der Otto-Brenner-Studie, die den genannten Medien einen gegenüber Merkel folgsamen »Grundtenor« bescheinigt, den »Komplex Willkommenskultur/Integration nicht zu hinterfragen« (ebd.: 101) und zudem einer »Willkommens-Euphorie« erlegen zu sein (ebd.: 104), die erst nach den Silvesterereignissen 2015/16 an der Kölner Domplatte »die reale Wirklichkeit hinter der wohlklingenden Willkommensrhetorik« entdecken ließ (»Flüchtlingskrise« und »Willkommenskultur«, 2017), ist mit Blick auf viele Beiträge in ZEIT und ZEIT ONLINE kritisch zu befragen. Vielmehr muss man bezüglich ihrer Berichterstattung einen gegenüber Merkels Botschaft kritischen Duktus als auch eine deutlich frühere Distanzierung, wenn nicht gar Demonstage der Willkommenskultur konstatieren, die bereits Anfang Oktober mit einem fragwürdigen »Psychogramm« dieser Bewegung aufwartete (vgl. Ich und, 2015: 47). Insofern bestätigt sich die These, die Medien hätten sich zu flüchtlingsfreundlich und gegenüber Merkel hörig verhalten, bezogen auf die ZEIT sicher nicht. Allerdings wird sie auch grundsätzlich bestritten, etwa in einer Studie des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung (vgl. Jäger/Wamper 2017).

Die wachsende politische, aber auch medial gepflegte Angriffskultur gegenüber Merkel, das beharrliche Narrativ des Rechtsbruchs »ihrer« Flüchtlingspolitik wie auch die zunehmende und in der ZEIT bereits sehr früh einsetzende Diskreditierung und Infantilisierung der »Willkommenskultur«, die als Merkels Bewegung assoziiert und bebildert wurde, führten in dieser Kombination letztlich zu einer vollständigen »Abschreibung« des Jahres 2015. Dass sich »2015« nicht wiederholen dürfe, dass aktuelle Fluchtereignisse beruhigend damit kommentiert wurden, sie seien nicht mit den Ereignissen von 2015 vergleichbar, zeugen von einer politisch-medialen Legitimationsfigur, die einer beharrlichen Politik der Abschottung geradezu plakativ zu anhaltender Akzeptanz verhalf. Margarete Jäger und Regina Wamper, die in der genannten Studie des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung die Aufbereitung des Flüchtlingsdiskurses in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ), der Süddeutschen Zeitung (SZ) und der Tageszeitung (taz) analysiert haben, bilanzieren mit Blick auf diese drei Medien, dass sich mehrfach diskursive »Übergänge« ereignet hätten: »Von der Betonung der Not der Geflüchteten hin zur Konstatierung der Not der Staaten wegen der Geflüchteten, von der Notwendigkeit des Schutzes der Geflüchteten hin zum Schutz vor den Geflüchteten, [...] von der Willkommenskultur hin zur Abschiebekultur, von der Ablehnung von Restriktionen hin zur Befürwortung von Obergrenzen [...].« (Jäger/Wamper 2017: 182) Diese Übergänge, so lässt sich resümieren, sind für die Berichterstattung in der ZEIT prägend. Sie wurden auch durch das rhetorische Distanzmoment gefördert, das, rein sprachlich, durchgehend Geflüchtete auf Abstand gehalten hat. Gemeint ist die durch alle Diskursstränge kontinuierlich aufbereitete Dichotomie zwischen »uns«, dem kollektiven »Wir« und jenen, ebenso kollektiv abstrahierten »anderen«, den Geflüchteten. Auch wenn konstatiert werden kann, dass *inhaltlich* eine Reihe von Artikeln der ZEIT eine flüchtlingsfreundliche Intention verfolgt hat, bietet diese *dichotome Sprachfigur* doch bereits im Ansatz einen Aspekt der Exklusion, durch den Geflüchtete immer wieder als Objekt von Zuschreibungen fungieren. Zwar sind diese Zuschreibungen im Sinne der Hoffnung und der Revolution der Herzen, die ihr Kommen auslöst, zunächst positiv kon-

notiert, aber ihre Transformation hin zu der Diskussion über die bedrohliche und an die Belastungsgrenze führende Dimension ist lediglich ein aus dieser rhetorischen Distanz erfolgter »Funktionswechsel«, der Geflüchteten zugeschrieben wird und der sich jeweils am vermeintlichen »Zustand« der Nation festmacht. Wie der Literaturwissenschaftler Heinrich Deterding betont hat, ist eine dichotome Denkweise, die kategorial zwischen dem »Wir« und den »anderen« spaltend differenziert, in den »Hassfloskeln von Pegida und AfD negativ bestimmt« (Deterding 2019: 10). Insofern ist zumindest auch für die ZEIT kritisch anzufragen, inwieweit angesichts des polarisierenden Gebrauchs im rechten Lager nicht mehr Sensibilität bei der Nutzung dieser kollektivierenden Abstraktionen hätte herrschen müssen. Eine Möglichkeit dem zu entrinnen wäre gewesen, deutlich öfter und regelmäßig Interviews mit Menschen zu führen, die nach erfolgreicher Flucht in Deutschland angekommen sind, also nicht kollektivistisch *über* »die Flüchtlinge« zu berichten, sondern sie individuell *als Subjekte ihrer eigenen Erzählung* zu Wort kommen zu lassen. Nur wenige Wochen, nachdem die nationale Herausforderung, die die Septemberereignisse an den Grenzen für das »Land« mit sich brachte, bejubelt und begrüßt und der Republik ein Gemütszustand von historisch nur noch mit der Deutschen Einheit vergleichbarer Qualität zugeschrieben wurde, brach in der ZEIT erneut eine Debatte auf, deren Fokus nicht mehr den offenen Herzen und der »atemberaubende[n] Hilfsbereitschaft« der Bürgerinnen und Bürger galt (Wie 1989, 2015). Jetzt ging es thematisch um die Schließung von Grenzen, um die Gefahr, dass nun »alle« kommen und um die für die Republik bedrohliche Herausforderung eines unkontrollierten »Flüchtlingsstrom[s]« (Worte, 2015: 2). Damit bediente auch in der ZEIT eine Reihe von Artikeln inhaltlich tendenziell Denk- und Sprachmuster der rechten Bewegung.

